

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

MATERIAL

**50 Kommunale
Klimapartnerschaften
bis 2015**

Vorstudie

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Zukunftsentwickler.
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.

Nr.42

Impressum:

Herausgeber:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 42
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy, Dr. Klaus Reuter (Landesarbeits-
gemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.)

Text: Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW), Katja Bottin (LAG 21 NRW)
Erstellung der Studie von Nov.-Dez. 2009
Letzte inhaltliche Aktualisierung 31.01.2010
Redaktion: Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW), Katja Bottin (LAG 21 NRW),
Dortmund; Dr. Stefan Wilhelmy (SKEW/InWEnt gGmbH)

Titelgestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter
Layout und Satz: Fabian Ewert Design, Königswinter
Druck: Theissen Medien Gruppe GmbH & Co. KG, 40789 Monheim
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, Juni 2012, unveränderter Nachdruck 2012

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung
des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert
durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg, Nord-
rhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015

Vorstudie

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	4
Abbildungsverzeichnis.....	6
Tabellenverzeichnis	6
Vorwort.....	7
Zusammenfassung	9
1. Einleitung	11
2. Ausgangslage und Hintergrundinformationen.....	13
3. Methodik und Analyse.....	17
4. Ergebnisse Kommunen.....	21
4.1 Städtepartnerschaften zwischen Nord-Süd/-Ost-Kommunen.....	21
4.2 Kommunale Fallbeispiele.....	24
4.3 Zwischenfazit.....	27
5. Exkurs: Herausforderung Projektdesign und kommunale Verwaltungsstrukturen.....	29
6. Ergebnisse NRO	31
6.1 NRO Partnerschaften zwischen Nord-Süd/-Ost-Kommunen.....	31
6.2 Themen der Einen Welt Gruppen können sein und sind	33
6.3 NRO Fallbeispiele	38
7. Inhaltliche Schwerpunkte für gemeinsame Handlungsprogramme.....	43
8. Erläuterung einzelner Handlungsfelder für Klimapartnerschaften.....	45
9. Herausforderungen für das Ziel „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“	47
10. Fazit.....	49

Anhang

Literaturverzeichnis	51
Internetverzeichnis.....	53
Publikationen	55
Erklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen.....	60

Abkürzungsverzeichnis

AWO	Arbeiterwohlfahrt
BMZ	Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-Sicherheit
BNE	Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
BORDA	Bremen Overseas Research and Development Association
BUKO	Bundeskonzferenz der Kommunen und Initiativen Deutschland
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
DESWOS	Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund
eed	Evangelischer Entwicklungsdienst
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FUGe	Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e.V. Hamm
GHD	Gewerbe Handel Dienstleistungen
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
ICLEI	International Association Local Governments for Sustainability
IPZ	Institut für Europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit
KEZ	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
KLJB	Katholische Landjugendbewegung
LAG 21 NRW	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
MDG	Millennium Development Goals
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.

NRO	Nichtregierungsorganisationen
NWSTGB	Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund
NRW	Nordrhein-Westfalen
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
TAT	Transferzentrum für angepasste Technologien
UCLG	United Cities and Local Governments
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
VEN	Verband Entwicklungszusammenarbeit Niedersachsen e.V.
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung
WEED	World Economy, Ecology & Development
WWF	World Wide Fund For Nature

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Städtepartnerschaften deutscher Städte und Gemeinden	15
Abbildung 2: Vorgehensweise	19
Abbildung 3: Bestehende kommunale Städtepartnerschaften 2009 im Vergleich mit	
kommunaler Ausrichtung auf Klimaschutz und -anpassung.....	23
Abbildung 4: Beschäftigungsintensität deutscher NPO nach Tätigkeitsfeldern.....	31
Abbildung 5: Vorgehensweise bei der Entwicklung eines Handlungsprogramms	
in Kommunen.....	43

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Nord-Süd/-Ost-Städtepartnerschaften 2009 der RGRE Datenbank im Vergleich.....	21
Tabelle 2: Clusterung NRO mit Klimaschutz und -anpassungsprojekten in der Einen Welt	34

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

auf der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen (BUKO) wurde 2009 gemeinsam beschlossen, dass bis zum Jahr 2015 insgesamt 50 Kommunale Klimapartnerschaften aufgebaut werden sollten. Im Vorfeld galt es deshalb zu klären, ob ein ausreichendes Potenzial deutscher Kommunen für das Projekt besteht, welche Nord-Süd/-Ost Partnerschaften zusätzlich als Unterstützer auf der Ebene der Nichtregierungsorganisationen eingebunden werden können, welche inhaltlichen Schwerpunkte für die Umsetzung eines gemeinsamen Handlungsprogramms aufgestellt werden und welche Unterstützungsleistungen durch deutsche Kommunen erfolgen können.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) hat dazu im Auftrag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt Ende 2009 eine Vorstudie durchgeführt, um Anknüpfungspunkte für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ zu eruieren.

Der Aufbau einer Klimapartnerschaft zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist ein wichtiger Schritt um die Klimarahmenkonventionen gemeinsam anzugehen. Die CO₂-Emissionen sollen bis zum Jahr 2015 in Entwicklungs- und Schwellenländern um mindestens 15-20% reduziert werden, in Deutschland sogar um bis zu 40%.

Die Untersuchungen haben ergeben, dass 122 der 225 Kommunen, die derzeit über kommunale Städtepartnerschaften mit Kommunen in der Einen Welt verbunden sind, zudem Kriterien erfüllen, die sie als Klimaschutzkommune auszeichnen. Vorwiegend handelt es sich hierbei derzeit um Kommunen mit über 100.000 Einwohnern aus den alten Bundesländern. Damit ist ein ausreichendes quantitatives und qualifiziertes Potenzial für die Durchführung des Projekts innerhalb der deutschen kommunalen Gemeinschaft vorhanden.

Wir hoffen Ihnen mit diesem Material die Bedeutung und Aktualität der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu verdeutlichen und Ihnen einen Einblick in die vielfältigen Potentiale und Anknüpfungspunkte zur Entwicklung kommunaler Klimapartnerschaften zu vermitteln.

Die vorliegende Publikation bietet:

- Informationen zur Ausgangslage und Hintergrund der bestehenden Städtepartnerschaften Nord-Süd/Ost und deren Formen der Zusammenarbeit
- einen Überblick über die vorhandenen Potentiale zum Aufbau von Klimapartnerschaften
- Ansatzpunkte für inhaltliche Schwerpunkte der Entwicklung gemeinsamer Handlungsprogramme
- sowie Erläuterungen zu einzelnen Handlungsfeldern für Klimapartnerschaften

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Ideen.

Anita Reddy
Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Zusammenfassung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der InWEnt gGmbH und die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) beabsichtigen in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ durchzuführen. Zielsetzung des Projekts ist es, dass Kommunen in Deutschland und im Süden gemeinsame Handlungsprogramme für Klimaschutz und Klimaanpassung erarbeiten und diese umsetzen. Im Vorfeld der Projektantragstellung wurde untersucht, ob und welches Potenzial deutscher Kommunen für die Projektinitiierung vorhanden ist, welche Nord-Süd/-Ost-Partnerschaften zusätzlich als Unterstützer auf der Ebene der Nichtregierungsorganisationen eingebunden werden können, welche inhaltlichen Schwerpunkte für die Umsetzung eines gemeinsamen Handlungsprogramms aufgestellt werden und welche Unterstützungsleistungen durch deutsche Kommunen erfolgen können. Zudem sollten Möglichkeiten der Finanzierung und mögliche Kooperationspartner eines solchen Projekts aufgezeigt werden.¹

Die Untersuchungen haben ergeben, dass 122 der 225 Kommunen, die derzeit über kommunale Städtepartnerschaften mit Kommunen in der Einen Welt verbunden sind, zudem Kriterien erfüllen, die sie als Klimaschutzkommune auszeichnen. Vorwiegend handelt es sich hierbei derzeit um Kommunen mit über 100.000 Einwohnern aus den alten Bundesländern. Damit ist ein ausreichendes quantitatives und qualifiziertes Potenzial für die Durchführung des Projekts innerhalb der deutschen kommunalen Gemeinschaft vorhanden.

Die Anzahl der Nichtregierungsorganisationen, die als Non-Profit-Organisationen die Themen Umwelt und Entwicklung verknüpfen, ist nach internationalen und nationalen Studien stetig ansteigend. Die NRO bieten auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen eine enorme Vielfalt an Wissen, Erfahrungen und Lösungsstrategien in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie sind zudem auf allen Ebenen vernetzt, vertikal wie horizontal, und besitzen dadurch die Möglichkeit, das Thema „Klimawandel“ als großes strategisches Thema auszubauen und eine effiziente Strategie für die Zukunft zu entwickeln. Damit sind sie „geborene“ Partner und Unterstützer für solche Kommunen, die eine Klimapartnerschaft eingehen wollen. Speziell sollte für das Projekt eine Zusammenarbeit mit übergeordneten Netzwerken wie VENRO, der klima-allianz, kirchlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wie eed und Misereor, sowie mit speziell auf das Thema Klimagerechtigkeit ausgerichteten Verbänden wie Germanwatch e.V. gesucht werden. Eine effektive Verknüpfung der kommunalen Arbeit mit der Themenvielfalt der NRO kann durch Netzwerkstellen wie der SKEW, der LAG 21 NRW und den kommunalen Spitzenverbänden gewinnbringend erfolgen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte einer Klimapartnerschaft sollten auf der Grundlage eine dezidierten Bedarfsanalyse und einem Stärken- und Schwächen-Profil der Kommunen erfolgen. Dabei stehen die übergeordneten Themen Ausbau der Erneuerbaren Energien, starke Energieeffizienz, erhöhte Energieeinsparung und Klimaanpassung als Leitziele im Vordergrund des Handelns. Weiterhin besteht der Bedarf an einer breiteren Wissensvermittlung zum Klimawandel und der Vermittlung von Partizipationsprozessen. Es bestehen bereits vielfältige Formen an Unterstützungsmöglichkeiten, die deutsche Kommunen in eine Klimapartnerschaft einbringen können. Aktuell werden diese durch die Aufstellung von Integrierten Klimaschutzkonzepten noch bereichert. Konkret können etwa Beratungen zu technischen Fragen der Strom- und Wärmeversorgung, insbesondere durch Erneuerbare Energien, Planung von Präventionsmaßnahmen zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels, Wissensvermittlung zu Partizipationsmodellen und Managementsystemen, Wissenstransfer in der Datenermittlung und -verarbeitung, Aufbau

¹ Die Ergebnisse zu Finanzierungs- und Kooperationsmöglichkeiten wurden als interne Planungshilfe verfasst und werden hier nicht aufgeführt, da sie im Zuge der Projektausarbeitung kontinuierlich weiterentwickelt wurden.

von Public-Privat-Partnership Modellen oder auch der Aufbau von regionalen und landesweiten Netzwerken erfolgen.

Als Hemmnisse und Herausforderungen des Gesamtprojekts stellten sich heraus, dass für kleinere Städte und Gemeinden sowie Kreise, ein niedrighschwelliger Projekteinstieg definiert werden sollte und klare Zuständigkeiten innerhalb der kommunalen Verwaltungsstrukturen festgelegt werden müssen. Eine besondere Aufgabe besteht zudem in der abgesicherten und verbindlichen Zusammenarbeit zwischen den Kommunalverwaltungen und den Nichtregierungsorganisationen auf örtlicher Ebene und im Gesamtprojekt. Die Etablierung von Steuerungsgruppen und eines Projektbeirats sind hier mögliche Lösungen der koordinierten Zusammenarbeit.

1. Einleitung

Im Juni 2009 fand die 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen Deutschlands (BUKO) in München statt. Die BUKO bildet eine wichtige Plattform für den Dialog und die Fortentwicklung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Zum Abschluss der Konferenz werden seit 20 Jahren regelmäßig gemeinsame Erklärungen erarbeitet und veröffentlicht.

Das Thema der 11. BUKO war „Herausforderung: Klimawandel“. Mit der Abschlusserklärung wurde die Grundlage für die hier durchgeführte Studie gelegt. In der Münchner Erklärung (siehe Anhang S. 60) haben die Kommunen und Initiativen zehn Themenschwerpunkte zum Klimawandel verabschiedet, für deren Ziele sie sich verstärkt einsetzen wollen und deren Erreichung auch auf den nächsten Konferenzen überprüft werden sollen. Unter Punkt 9 der Erklärung beschlossen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen bis zum Jahre 2015 mindestens fünfzig strategische Klimapartnerschaften zwischen deutschen Kommunen und Kommunen des Südens und Ostens aufzubauen. Damit wurde von den KonferenzteilnehmerInnen konkret formuliert, dass deutsche Kommunen und Initiativen zur Bewältigung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsziele einen Beitrag leisten wollen, der darauf ausgerichtet ist, dass Wissen von Nord- und Südpartnern für ein gemeinsames Handlungsprogramm zu bündeln. Damit bekennen sich die Kommunen und Initiativen zu ihrer Verantwortung zur globalen Problemlösung in der Klimapolitik.

Aus Sicht der Kommunen und Initiativen können deshalb die Ergebnisse des Kopenhagener Klimagipfels nur als Enttäuschung gewertet werden. Die verabschiedeten Maßnahmen sind ohne messbare Ziele oder rechtliche Bindungen. Die Diskussion um die 2° Celsius Regelung ist ohne verpflichtende Unterschriften in der Erklärung aufgenommen worden (vgl.: http://unfccc.int/files/meetings/cop_15/application/pdf/cop15_cph_auv.pdf, letzter Abruf: 28.12.2009). Sie ändern nichts an der bestehenden Notwendigkeit dringlich zu handeln.

Es bleibt festzustellen, dass nach der COP15-Konferenz in Kopenhagen vorwiegend drei zentrale Fragen ungelöst sind:

1. Verbindliche und ambitionierte CO₂-Minderungsziele der Industrieländer
2. Zeitlich befristete Wachstumsoptionen für Schwellenländer
3. Ausgleichszahlungen für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern.

Ungeachtet der Notwendigkeit, diese Fragen auf internationaler Ebene zu lösen und ein Kyoto-Nachfolge-Protokoll zu verabschieden, sollten Initiativen gestartet werden, die das Hauptziel des globalen Klimaschutzes, die Begrenzung auf einen globalen Temperaturanstieg um höchstens 2° Celsius, sofort unterstützen und die internationalen Verhandlungen nicht konterkarieren.

Gleichzeitig gilt es die positiven Signale für Klimaschutz und Klimaanpassung zu nutzen. Das Bewusstsein über den Klimawandel wird zunehmend größer, die Themen werden mit immer stärkerer Intensität diskutiert und die Weltgemeinschaft wird sich bewusst darüber, dringend reagieren zu müssen. Initiativen in aller Welt haben aktiv den Klimagipfel begleitet, das Wissen zum Klimawandel vervielfältigt sich dadurch und verankert sich in der Gesellschaft. Deshalb ist es gerade heute wichtig, den Leitsatz „global denken – lokal handeln“ zu stärken und Klimaschutz und Klimaanpassung auch als bottom-up Prozess zu verstehen. Unterstützt wird diese Zielsetzung auch durch den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU), der empfiehlt Partnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern als Klimapartnerschaften zu forcieren, um die Verhandlungen in Kopenhagen zu stützen und auch auf lokaler Ebene einen Wegweiser zu bilden (vgl. http://www.wbgu.de/wbgu_presse_09_05d.html, letzter Abruf: 28.12.2009).

Ziel der SKEW und der LAG 21 ist es, dass bis zum Jahre 2015 fünfzig kommunale Klimapartnerschaften zwischen Kommunen und Initiativen aus Deutschland und Entwicklungs- und Schwellenländern implementiert werden, die ein Handlungsprogramm „Kommunaler Klimaschutz und Klimaanpassung“ erarbeiten und dadurch eine längerfristige „Klimapartnerschaft“ begründen. Dabei verstehen die LAG 21 und die SKEW Klimapartnerschaften als Partnerschaften von Städten oder auch Regionen, die ein konkretes Handlungsprogramm mit Zielen, Maßnahmen und Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung gemeinsam erarbeiten. Ein Kriterienkatalog zur Vereinbarung der Klimapartnerschaften soll im Verlaufe des geplanten Projektes in einem Fachgespräch erörtert werden. Partner aus Industrie- und aus Entwicklungs- oder Schwellenländern sollen sich gemeinsame Ziele zur Reduzierung der CO₂-Emissionen setzen oder gemeinsam Anpassungsmaßnahmen vorbereiten (vgl. Projektskizze 07.10.2009, S. 2). Die Projektinitiative wurde bereits den kommunalen Spitzenverbänden, Deutscher Städtetag, NWStGB und Landkreistag NRW in mehreren Treffen vorgestellt und wird von diesen sehr positiv begleitet und unterstützt.

Für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ der LAG 21 NRW und der SKEW galt es im Vorfeld zu prüfen, welche deutschen Städte auf Grund welcher Kriterien für eine Klimapartnerschaft prädestiniert sind. Welche Nord-Süd-Erfahrungen durch die Ebene der NRO eingebracht werden können, welche inhaltlichen Schwerpunkte zur Umsetzung eines gemeinsamen Handlungsprogramms bestehen und welche Unterstützungsleistungen die Nord-Kommunen in einer Klimapartnerschaft einbringen können, aber auch, welche Unterstützungsleistungen sie benötigen, um bei den geplanten Klimapartnerschaften mitzuwirken. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sollen als Grundlage für das geplante gemeinsame Projekt der SKEW und der LAG 21 NRW dienen.

2. Ausgangslage und Hintergrundinformationen

Das Thema Klimaschutz und -anpassung mit Städtepartnerschaften zu verbinden ist eine Idee, die neue und erfolgsversprechende Ansatzpunkte bietet und in verschiedenen Beschlüssen und internationalen Gesprächen seit der Rio-Konferenz 1992 zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Wissenschaft, Forschung und Politik haben erkannt, dass die Städtepartnerschaften mit Kommunen in Ländern des Südens und Ostens in vielen verschiedenen Aspekten wichtige Ansatzpunkte für eine Kooperation bieten. Tourismus, Bildung, Kultur, Sport und Schüleraustausche sind hier nur einige der bestehenden Möglichkeiten in der internationalen Zusammenarbeit. Die kommunalen Partnerschaften bieten eine lebensnahe Vermittlung zahlreicher Themen für Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Sie sind nah am Menschen und können globale Themen im Dialog direkt an die Bürger und Bürgerinnen herantragen.

Die 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen (BUKO) vom 18 – 20. Juni 2009 in München sowie die Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder vom 22. bis 24. Oktober 2008 in Dresden, haben hier noch einmal neue Perspektiven aufgezeigt. Die Ministerpräsidentenkonferenz sieht als wichtigstes Kernthema der Entwicklungszusammenarbeit der Länder unter Punkt 1 „Klimaschutz und Energie“ (Dialog Global Nr. 20, S. 60) und die kommunalen Akteure haben auf der BUKO ein deutliches Signal durch ihre Ziele und Handlungsempfehlungen für den Schwerpunkt „Klima in der Entwicklungspolitik“ erarbeitet. Diese Signale bilden die Grundlage für weitere Arbeitstreffen und Kooperationsentwicklungen zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Wie in der Einleitung erwähnt, wird diese Vorgehensweise auch von dem WBGU unterstützt sowie vom BMZ „Entwicklung braucht nachhaltige Energie“ (vgl. <http://.bmz.de/de/themen/energie/hintergründe/index.html>; letzter Abruf 12.01.2010). Dadurch bestehen derzeit auf übergeordneter Ebene gute Voraussetzungen, Klimapartnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland und Kommunen im Süden und Osten zu entwickeln.

Die SKEW und die LAG 21 gehen davon aus, dass gerade die bestehenden Städtepartnerschaften einen hervorragenden Ansatzpunkt bieten, um die Ziele und Handlungsempfehlungen in die Tat umzusetzen. Die Kommunen sind sich darüber bewusst, dass das klimarelevante Wissen der Verwaltungen in den Schwerpunkten Wasserversorgung, Abfallentsorgung oder Stadtentwicklungsplanung weiter getragen werden kann und die Partnerschaften Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung des Klimawandels erwirken können. Gerade die Erfahrungen, die die deutschen Kommunen bei der Aufstellung von integrierten kommunalen Klimaschutzkonzepten und deren Umsetzung derzeit im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative sammeln, können in ihrer Struktur und in der Art und Weise der partizipativen Entstehung als Vorlage für die gemeinsamen Handlungsprogramme mit den Partnerkommunen verwandt werden. Dazu bedarf es gerade in den Anfängen einer Unterstützungsleistung, vor allem hinsichtlich des Wissenstransfers und der Vernetzung - später bei der Begleitung erster gemeinsamer Projekte mit Partnerstädten. Wie der ersten Projektskizze (vgl. Projektskizze vom 07.10.2009) von SKEW und LAG 21 NRW zu entnehmen ist, sind erste Schwerpunkte bereits formuliert.

Mögliche Aufgabenfelder für kommunale Klimapartnerschaften sind demnach:

- Mitigation – Reduktion klimarelevanter Emissionen zur Begrenzung potentieller Folgewirkungen des Klimawandels. Neben technischen Lösungsansätzen sind hierbei auch methodische Fragen (z.B. zur Erfassung von Emissionen als notwendige Informationsgrundlage für wirkungsvolles Handeln) und Fragen zur Einbindung lokaler Akteure zur Vermittlung (z.B. Einbeziehung der Zivilgesellschaft um politische Unterstützung für die kommunale "Klimapolitik" zu erreichen) relevant.
- Adaptation – Entwicklung und Umsetzung von Anpassungsstrategien und -maßnahmen. Die Entwicklung von Verfahren, um Auswirkungen des Klimawandels auf die eigene

Kommune oder Region abschätzen und einstufen zu können, um auf dieser Basis Anpassungsstrategien und Bewältigungsmaßnahmen ableiten und umsetzen zu können.

- Einbeziehung von Stadtentwicklung und -umbau zur Bewältigung von Folgewirkungen als langfristige Strategien.
- Ziel ist es zudem, partizipative Elemente und gemeinsame Abstimmungs- und Konsensbildungsprozesse zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung am Themenfeld Klimawandel zu transportieren (vgl. Projektskizze, S. 4).

Warum Städtepartnerschaften in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zukommt, lässt sich zusätzlich gut an ihrer historischen Entwicklung darstellen. Städtepartnerschaften haben sich nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland entwickelt. Aufgrund der Kriegsgeschehnisse kam es zu ersten Freundschaftsbanden, die sich zwischen deutschen Städten und anfangs amerikanischen, französischen und englischen Städten als eine Art „Versöhnung“ und Friedensbewegung, aber auch zur „interkulturellen Verständigung“ entwickelten. In diesem Zusammenhang wurde auch der „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ (RGRE) 1951 unter dem Namen Rat der Gemeinden Europas gegründet. Das politische Ziel war damals ganz deutlich die Integration Deutschlands in Westeuropa und war für den internationalen Frieden von großer Bedeutung (vgl. Statz/Wohlfahrt 2009, S. 8). Das Ansehen und die Zusammenarbeit von Städtepartnerschaften veränderten sich im Laufe der Zeit jedoch zusehends. Vor allem die Ausrichtung der Städtepartner wurde immer mehr den globalen Verhältnissen angepasst und dehnte sich auch auf südliche und östliche Länder aus. Im Jahr 1998 gab es mit Ländern des Südens ca. 180 Städtepartnerschaften. Das sind bisher auch die letzten Zahlen, die als Publikation in Form einer „kommunalen Partnerschaftsliste“ durch die Kommunalen Spitzenverbände und die deutsche Sektion des RGRE gemeinsam veröffentlicht wurden (vgl.: www.rgre.de in: „Datenbank der kommunalen Partnerschaften“, letzter Abruf: 17.12.2009).

Im Heft Nr.20, Dialog Global, der SKEW 2009, verteilten sich die kommunalen Partnerschaften folgendermaßen:

- 76 Partnerschaften mit afrikanischen Städten, wovon allerdings mehr als 40 Prozent allein auf Kommunen in Ruanda und Burkina Faso fielen,
- 54 Partnerschaften in Süd- und Mittelamerika, von denen sich mehr als die Hälfte (30) auf Nicaragua konzentrierte, sowie
- 53 Partnerschaften mit asiatischen Städten (wobei die Partnerschaften mit Kommunen in Israel und Japan in dieser Zahl nicht enthalten sind). Die Konzentration liegt hierbei auf chinesischen Städten (55 %) (vgl. SKEW 2009, S. 10).

Mit den Ergebnissen in Kapitel 4.1 kann durch die aktuellen Recherchen eine weitere Zunahme der Städtepartnerschaften mit Ländern des Südens und Ostens aufgezeigt werden. Die Partnerschaften basierten ursprünglich insbesondere auf gegenseitigen Besuchen, Schulpartnerschaften oder kulturellem Austausch durch Einladungen zu Festen etc. Doch zunehmend wurden auch politische Gespräche gesucht und je länger die Partnerschaftsidee Raum einnahm, desto häufiger wurden auch Projekte gemeinsam initiiert und Wissen und Technik transferiert. Die Städte bildeten nach und nach ein immer stabileres Netzwerk der internationalen Kooperationen- sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU (vgl. Hutter/Link 2009). In den letzten 10 bis 15 Jahren wurden zunehmend die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit in der Zusammenarbeit aufgegriffen. Eine Studie des Institutes für Europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ) mit dem Titel „Gemeinsamer Umweltschutz – Projekte im Rahmen von Städtepartnerschaften“ von 1996 musste zwar mit einer geringen Datenquantität leben, denn von 150 befragten Kommunen antworteten lediglich 26 Kommunen, dabei wurden aber immerhin 32 Projekte zum Thema Umweltschutz registriert und 11 „Umwelt-Städtepartnerschaften“ (vgl. Steffan 2001, S. 24f.). Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortgesetzt hat, da

die politische Kommunikation in Richtung Umwelt- und Naturschutz sowie allgemein das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung sich gesellschaftspolitisch stärker ausgeprägt hat.

Die Zahl der heute bestehenden Städtepartnerschaften zwischen deutschen Städten und Kommunen und Gemeinden im Ausland liegt momentan, laut aktueller RGRE Datenbank, etwa bei 5.100 Partnerschaften. Es gibt aber auch die Form der eher kurzfristig gestalteten Projektpartnerschaften zwischen den Partnerkommunen, die noch nicht gelistet wurden (Vgl. Statz/Wohlfahrt 2009, S. 16). Außerdem gibt es eine Vielzahl an Projekten, die eine „City to City Kooperation“ darstellen, aber nicht im Rahmen einer offiziellen Städtepartnerschaft initiiert wurden. Zum Beispiel zwischen der Stadt Stuttgart und der Stadt Kathmandu in Nepal gibt es eine solche Kooperationsform, mitgetragen durch ortsansässige Universitäten und weitere NRO (vgl.: Hutter/Link 2009, S. 22).

Eine weitere Datenbank des RGRE umfasst Projekte zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. KEZ-Projekte gibt es momentan rund 210 in dieser Datenbank, darin sind auch KEZ-Projekte gelistet, die von deutschen NRO umgesetzt werden. Die häufigste Form der Städtepartnerschaften ist zwischen Städten und Gemeinden innerhalb Europas vorzufinden, wie in Abbildung 1 dargestellt wird. Insgesamt machen somit in Deutschland die kommunalen Städtepartnerschaften mit Kommunen des Südens etwas über 4% der Gesamtanzahl aus. Ein erhebliches Ausbaupotenzial ist demnach vorhanden.

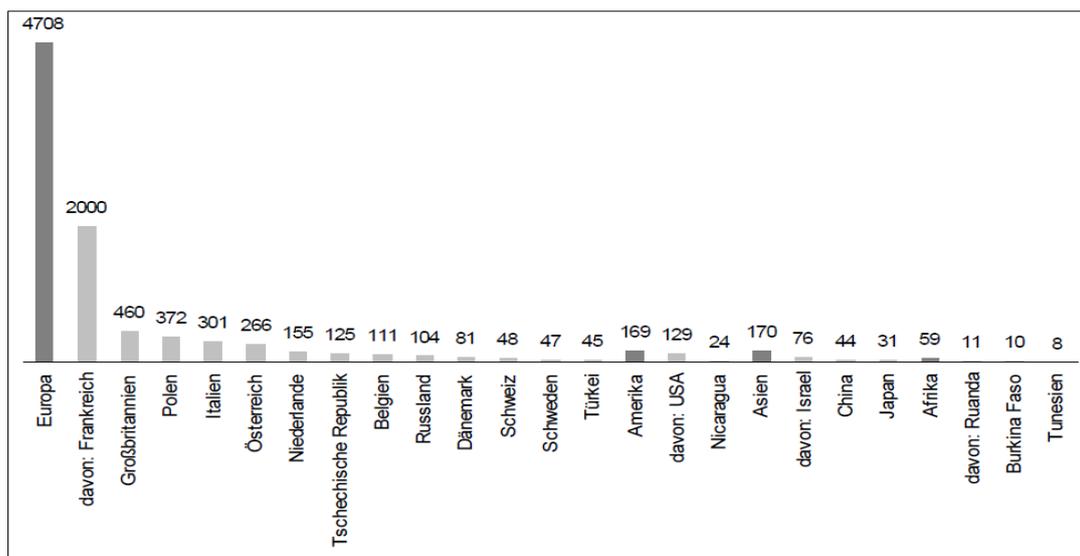


Abbildung 1: Städtepartnerschaften deutscher Städte und Gemeinden;
Quelle: Eigene Darstellung nach Datenbank des RGRE Statz / Wohlfahrt 2009; S. 17

Es ist zu beachten, dass es drei verschiedene Formen gibt, wie Städte miteinander in Verbindung treten. Der RGRE unterscheidet in Partnerschaft (P), Freundschaft (F) und Kontakt (K): Partnerschaften sind förmlich, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Kooperationen, die auf einem Partnerschaftsvertrag beruhen.

Freundschaften sind Verbindungen, die auf einer zeitlich begrenzten Vereinbarung beruhen oder spezifisch auf ein bestimmtes Projekt begrenzt sind.

Kontakt ist eine formlose, höfliche Absprache (vgl. RGRE in: <http://www.rgre.de/>; Menüpunkt: „Datenbank der kommunalen Partnerschaften“).

Die Definition des RGRE wurde in einer Studie der SKEW (Dialog Global Heft Nr. 20, S. 19) um den Begriff der „regionalen Kooperationen“ erweitert und der Freundschaftsbegriff „flexibler und offener“ den vielfältigen Formen der Kooperationen gegenüber angepasst. Die Kategorien sind dennoch immer wieder zu überprüfen, da Kommunen die Begriffe selbst unterschiedlich definieren bzw. umgangssprachlich verwenden und Verträge oft nicht den Kriterien entsprechend „trennscharf“ gestaltet werden. (vgl. Lämmlein/Fröhlich 2009, S. 16). Städtepartnerschaften bieten ein großes Potential für die Umsetzung eines nachhaltigen Leitbildes. „Global denken – lokal handeln“ ist das Grundmotiv für eine städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit und „face-to-face“ Wissenstransfer, technologischer Transfer, Tipps und Ideen können viel besser ausgetauscht werden. Städtepartnerschaften bieten schon heute eine Grundlage zur Umsetzung von Maßnahmen, wenn auf höheren staatlichen Ebenen Prozesse politisch geplant werden. Insbesondere bei der Entwicklung von Handlungsprogrammen und der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich „Klimaschutz und -anpassung“ kommt der lokalen Ebene eine hohe Bedeutung zu. Auch wenn die Rahmenbedingungen durch politische und gesetzliche Grundlagen geschaffen sind, bedürfen Partnerschaften Anknüpfungsmöglichkeiten, Ideen und auch personellen Willen für die Durchführung.

Eine Veränderung im „town twinning“ zeigt aktuell, dass die Städtepartnerschaften sich unter anderem in Richtung „Projektpartnerschaften“ zu bestimmten Themen für bestimmte Zeiten weiterentwickelt haben. Im Handbuch „Take your partner – the local authority handbook on international partnerships“ werden die neuen Formen der Partnerschaften als „municipal promiscuity“ bezeichnet (ebd. S. 4). Als ein praktisches Beispiel dafür kann die Stadt Bonn genannt werden. Sie pflegt viele verschiedene Projektpartnerschaften mit Ländern des Südens (mehr dazu in Kapitel 4.2). Die eher kurz- bzw. mittelfristig angelegten Projektpartnerschaften können auch dazu führen, dass sich langjährige Städtepartnerschaften daraus entwickeln. Wie zum Beispiel in Berlin-Kreuzberg mit der Stadt San Rafael del Sur in Nicaragua geschehen. Wie im Handbuch „Take your partner“ angesprochen: „The nature of partnerships is not important. It is the quality of the activities and the outcomes and benefits that counts“ (Handley 2006, S. 5).

Deshalb ist es wichtig, die heute bestehenden Städtepartnerschaften in Deutschland genauer zu betrachten, um Rückschlüsse für die Projektidee „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ziehen zu können und die Potenziale deutlicher zu beschreiben.

3. Methodik und Analyse

Wie in der Einleitung dargestellt, dient die Vorstudie der Vertiefung und Analyse, welche Potenziale für Städtepartnerschaften und Projektpartnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland mit Kommunen in der Einen Welt bestehen. In einem ersten Analyseschritt galt es deutsche Kommunen herauszufiltern, die bereits in der Vergangenheit Städtepartnerschaften eingegangen sind und durch eigenes Handeln Erfahrungen in Klimaschutz und/oder Klimaanpassungsmaßnahmen erlangt haben. Die vorliegende Studie bietet außerdem einen Überblick über die Struktur und Aktivitäten der NRO in Deutschland im Themenfeld Klimawandel. Dabei wurden NRO in den Blick genommen, die Partnerschaften mit Eine Welt Städten und Gemeinden pflegen und dabei Schwerpunkte im Themenfeld Klimaschutz und -anpassung hervorgehoben haben. Methodisch wurde die Analyse in mehreren Schritten aufgebaut. Als Datengrundlage zu bestehenden Nord-Süd/-Ost Städtepartnerschaften wurde zunächst auf die Datenbank des RGRE zurückgegriffen (vgl. <http://www.rgre.de/> unter: Datenbank der kommunalen Partnerschaften und Datenbank der KEZ-Projekte, letzter Abruf: 12.01.2010). Die Datenbank-Recherche fokussierte nur auf die deutschen Kommunen und Regionen, die bestehende kommunale Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in Ländern des Südens und Ostens pflegen.

Danach wurden Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in der Datenbank recherchiert und ebenfalls tabellarisch erfasst. Diese beinhalten unter anderem auch Partnerschaften zwischen deutschen NRO und Kommunen in Ländern des Südens und Ostens. Nach dieser ersten Erhebung wurde die Untersuchung dahingehend vertieft, dass die Städte mit bestehenden Städtepartnerschaften in Ländern des Südens und Ostens nach ihren sonstigen Aktivitäten hinsichtlich Klimaschutz und Klimaanpassung geprüft wurden. Als nachweisbare Kriterien wurden hierbei dokumentierte Beschlüsse und Vereinbarungen von Kommunen verwandt, die ein proaktives Handeln belegen.

Diese sind:

- a) Mitgliedschaft Klimabündnis
- b) Covenant of Mayor Towns
- c) UN Dekade Städte für Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung(BNE)
- d) Millenium Development Goal (MDG) Unterzeichner
- e) Aalborg Charta
- f) Auszeichnung im European Energy Award
- g) „Solarbundesliga“ Groß- Mittel- und Kleinstädte, Platz 1-25
- h) KlimaPlus Kommune (NRW)
- i) Unterzeichnung der Ziele der UCLG (United Cities and Local Governments)
- j) Fairtrade Towns

Die gelisteten Selbstverpflichtungen, Bündnisse und Mitgliedschaften sind von Bedeutung, da sie Bezüge zwischen den Themen Klimawandel und Entwicklungszusammenarbeit herstellen. Die Aalborg Charta impliziert etwa die Grundgedanken einer nachhaltigen Entwicklung, vor allem auch den Einbezug der kommunalen Ebene, die partizipativen Ansätze der UCLG weisen ausdrücklich auf eine Weiterentwicklung in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit hin. Die MDG's sind nur zu erreichen, wenn die internationale Zusammenarbeit ihre Bemühungen den Klimawandel zu bekämpfen weiterhin vorantreibt.

Als Annahme der vorliegenden Vorstudie gilt: Je höher die Anzahl der Mitgliedschaften und Selbstverpflichtungen der deutschen Kommunen ist, desto aussichtsreicher und wahrscheinlicher ist deren Teilnahme an einer der fünfzig geplanten Klimapartnerschaften.

Als zweite Annahme der Vorstudie gilt, dass es für die Umsetzung der Projektidee hilfreich ist, Kommunen herauszufiltern, die schon in der Vergangenheit Städtepartnerschaften mit Kommunen in Ländern des Südens und Ostens eingegangen sind.

Diese Kommunen, die sowohl eine bestehende Eine Welt Partnerschaft vorweisen können und zudem die Kriterien eine Klimaschutz-Kommune erfüllen, wurden in einer Vorschlagsliste zusammengeführt. Einzelne Projekte und Maßnahmen der Kommunen wurden in der Liste mit aufgeführt.

In Kapitel 4.2 werden ausgewählte Städte als Fallbeispiele vorgestellt, die sozusagen als „Leuchtturm“ für die Gesamtprojektidee und das Capacity Building von Bedeutung sind. Durch sie können andere Kommunen angeregt werden, selbst aktiv zu werden und je nach Möglichkeit, personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Die Analyse der NRO konnte nicht auf der Grundlage einer quantitativen Erhebung durchgeführt werden. Um der Vielzahl bestehender NRO in Deutschland dennoch gerecht zu werden, erfolgte zunächst eine Überprüfung, welche NRO Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit haben. Im Folgenden beschränkte sich die detaillierte Recherche auf die NRO, Verbände und kirchliche Organisationen, die für ihr langjähriges Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit bekannt sind und zudem einen Schwerpunkt im Themenbereich Klimaschutz und Klimaanpassung haben.

Nach dieser Analysephase wurden einzelne telefonische Interviews mit Kommunen und den NRO (22 Kommunen/13 NRO Akteure) durchgeführt, um die Rechercheergebnisse zu qualifizieren. Nach einem Abgleich mit weiteren Literatur- und Internetrecherchen ergibt sich ein grundlegendes Bild über die Potenziale und Möglichkeiten von kommunalen Klimapartnerschaften. Es konnten weiterhin einige inhaltliche Schwerpunkte für ein gemeinsames Handlungsprogramm für Nord-Süd/-Ost-Partnerschaften in Kapitel 8 dargestellt werden. Varianten, wie eine Unterstützungsleistung durch Nord-Kommunen gegeben werden kann, sind durch die Interviews und Literatur ebenfalls ableitbar und werden im Kapitel 8 zusammenfassend abgebildet.

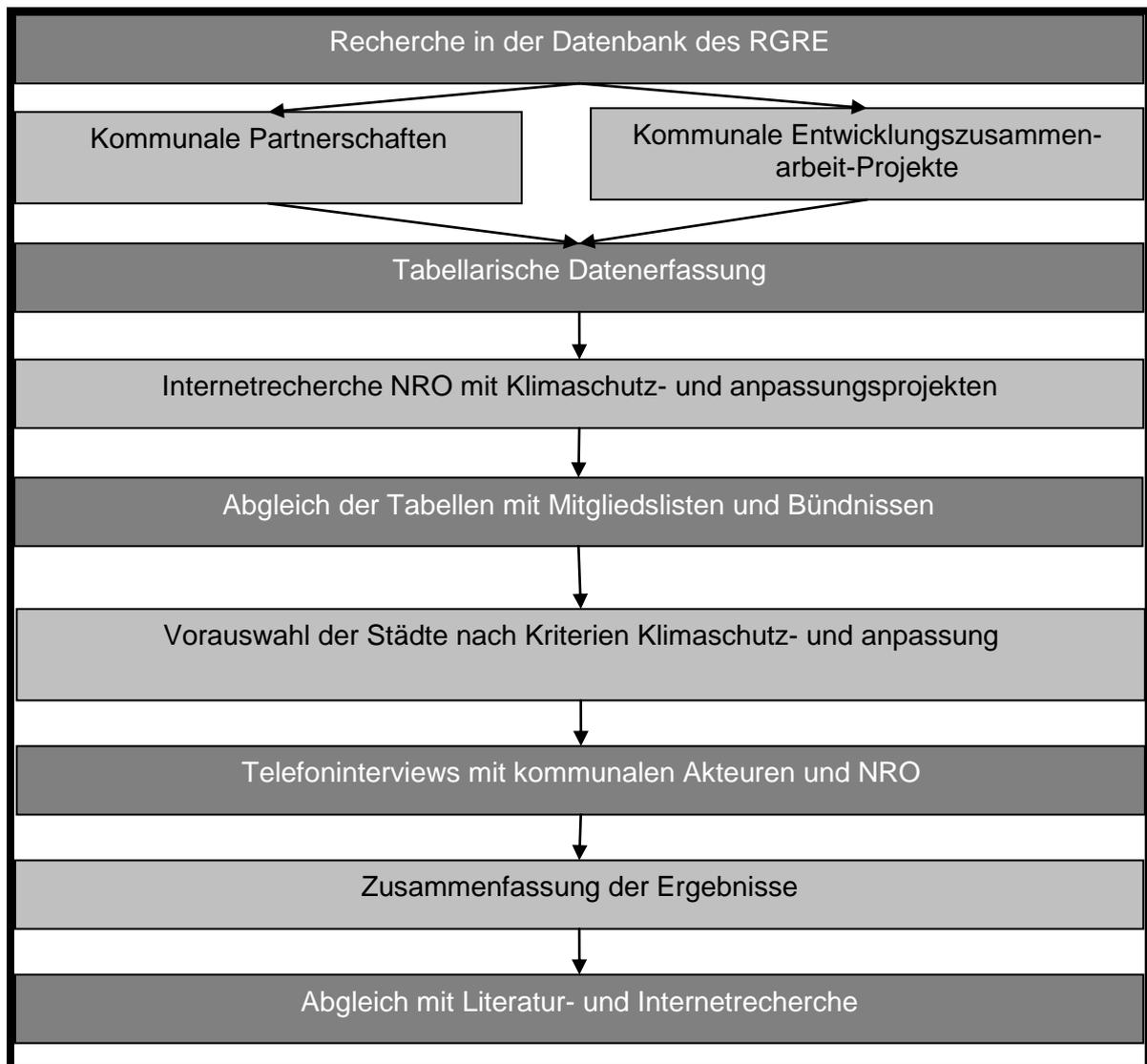


Abbildung 2: Vorgehensweise, Darstellung LAG 21 NRW

Als Ergebnisse der Analyse werden in den nachfolgenden Kapiteln unter anderem Vorschläge von Kommunen und NRO unterbreitet, die als erste Städte- und NRO Partner für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ in Frage kommen.

4. Ergebnisse Kommunen

4.1 Städtepartnerschaften zwischen Nord-Süd/-Ost Kommunen

Die folgende Tabelle ist eine zusammenfassende Darstellung der im Anhang beigefügten Originaltabelle. Die beiliegende Tabelle konkretisiert umfassender, welche Städte nach unterschiedlichen Prioritäten, für eine Klimapartnerschaft prädestiniert sind.

Das + Zeichen bedeutet, dass es in einigen Kommunen des jeweiligen Bundeslandes mehr als eine Partnerstadt in einem Eine Welt Land gibt.

Tabelle 1: Nord-Süd/-Ost-Städtepartnerschaften 2009 der RGRE Datenbank im Vergleich, Darstellung LAG 21 NRW

Bundesland	Anzahl Nord-Süd-Ost-laut Partnerschaften RGRE Datenbank	Davon Städte mit Klima- schutzbezug
Baden- Württemberg	34 (+)	Amtzell, Brühl, Bühl, Emmendingen, Freiburg, Friedrichshafen, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Ladenburg, Lahr(Schwarzwald), Ludwigsburg, Pforzheim, Rastatt, Ravensburg, Rems-Murr-Kreis, Reutlingen, Rottweil, Stuttgart, Tübingen, Villingen-Schwenningen, Weingarten (22)
Bayern	23 (+)	Augsburg, Ansbach, Erlangen, Herzogenrauch, Ingolstadt, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg, Vaterstetten, Würzburg, (11)
Berlin	1 (+) (insgesamt 6 Partnerstädte)	(1)
Bremen	1 (+) (insgesamt 6 Partnerstädte)	+ Bremerhaven (2)
Hamburg	1 (+) (insgesamt 3 Partnerstädte)	(1)
Brandenburg	7 (+)	Schwedt/ Oder, Cottbus (2)
Hessen	25 (+)	Bad Homburg, Bad Vilbel, Bad Wildungen, Dietzenbach, Frankfurt am Main, Gießen, Groß-Gerau, Hanau, Kassel, Marburg, Main-Kinzig-Kreis, Oberursel, Offenbach am Main, Viernheim, Wiesbaden, Weilburg (16)
Thüringen	8 (+)	Erfurt, Jena, Suhl (3)
Mecklenburg-Vorpommern	7 (+)	Neubrandenburg, Rostock, Schwerin (3)
Niedersachsen	24 (+)	Delmenhorst, Emden, Han-

		nover, Langenhagen (bei Hannover), Lüneburg, Melle, Oldenburg, Osnabrück, Wilhelmshaven (9)
Nordrhein Westfalen	38 (+)	Aachen, Bielefeld, Bocholt, Bochum, Bonn, Dortmund, Dorsten, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Gütersloh, Hagen, Hamm, Iserlohn, Herne, Hürth, Köln, Leverkusen, Löhne, Marl, Münster, Neuss, Ratingen, Rhein-Kreis-Neuss, Siegen-Wittgenstein, Solingen, Sprockhövel, Unna, Waltrop, Witten, Würselen, Wuppertal (34)
Rheinland Pfalz	26 (+)	Kaiserslautern, Ludwigshafen am Rhein, Mainz, Pirmasens, Rhein-Hunsrück-Kreis, Speyer, Trier (8)
Saarland	9	Saarbrücken (1)
Schleswig-Holstein	7	Eckenförde, Kiel, Lübeck, Pinneberg (4)
Sachsen	6 (+)	Chemnitz, Dresden, Leipzig, (3)
Sachsen-Anhalt	8	Dessau, Magdeburg (2)

Aufgelistet nach Bundesländern summiert die Tabelle 1 die Kommunen mit bestehenden Städtepartnerschaften auf und benennt in der zweiten Spalte diejenigen, die zudem die Kriterien einer aktiven Klimaschutzkommune erfüllen. Insgesamt bestehen nach Analyse der RGRE Datenbank somit im Jahr 2009 über 225 Nord-Süd/-Ost-Partnerschaften. Von diesen 225 Städten erfüllen zudem insgesamt 122 Kommunen die Kriterien einer Klimaschutzkommune. Davon wiederum erfüllen 16 Kommunen 4-5 der gewählten Kriterien, 52 Kommunen 2-3 Kriterien und 54 Kommunen erfüllen ein Kriterium. Es gibt demnach eine Anzahl von rund 68 Kommunen, die als erste Ansprechpartner für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ gelten.

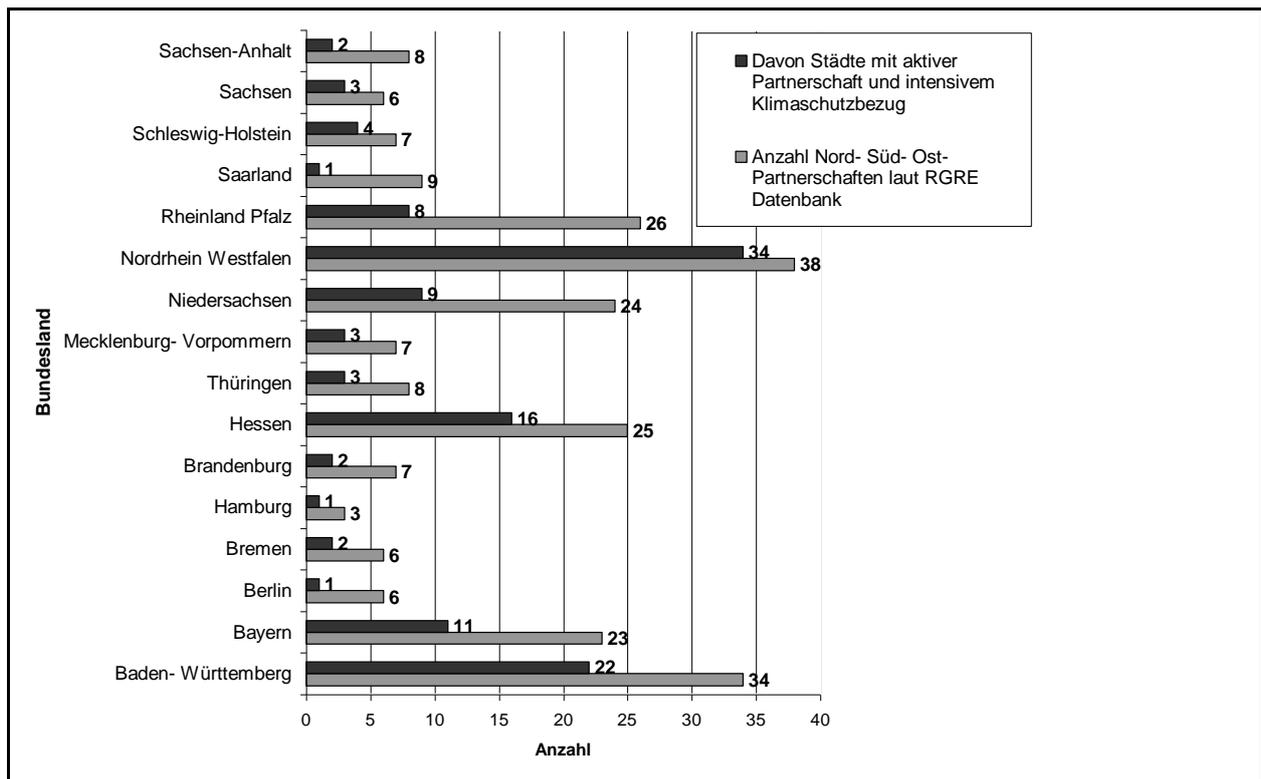


Abbildung 3: Bestehende kommunale Städtepartnerschaften 2009 im Vergleich mit kommunaler Ausrichtung auf Klimaschutz und -anpassung; Darstellung LAG 21 NRW

Insgesamt zeigt sich, dass in den alten Bundesländern weitaus mehr Städtepartnerschaften bestehen und auch aktive Klimaschutzkommunen zu finden sind. In den neuen Bundesländern wurden offizielle Partnerschaften erst nach der Wiedervereinigung begonnen und sind dann oftmals mit Kommunen in Osteuropa eingegangen worden.

Aus der Tabelle wird nicht ersichtlich, welche Qualität und Intensität eine Städtepartnerschaft aktuell hat. Es gibt, wie auf Seite 13 erläutert, verschiedene Kategorien in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Zusätzlich ist der Zeit- und Intensitätsaspekt einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit nicht immer sofort ersichtlich. Einige Partnerschaften werden gesellschaftlich nur durch gute Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen bzw. gehen in der öffentlichen Wahrnehmung eher unter, andere wiederum sind seit Jahrzehnten aktiv, in der Bevölkerung vor Ort sehr bekannt und umfassen viele Themengebiete. Städtepartnerschaften sind in Deutschland ein „integraler Bestandteil kommunalpolitischen Engagements geworden“ (vgl. Statz/Wohlfahrt, 2009; S. 5).

Die Partnerschaften beinhalten Aktivitäten wie gegenseitige Besuche, Schulpartnerschaften, Kunst- und Kulturaustausche, sportliche Aktionen, manchmal auch parteipolitische Treffen (vgl. Steffan 2001, S. 22) und wie eigene Recherchen ergaben aktuell viele Projekte zur Armutsbekämpfung, Unterstützung akuter Hilfsprojekte (Tsunami-Hilfe), Aufforstungsprojekte sowie zunehmend auch Projektpartnerschaften zum Thema „Technologietransfer“, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Themen haben sich demnach gerade in den letzten Jahren im Laufe der Städtepartnerschaftlichen Entwicklung deutlich verändert. Die Interviews und die Literaturrecherche zeigen, dass die Themen einer nachhaltigen Entwicklung in den Städtepartnerschaften zwischen Nord-Süd/-Ost deutlich zunehmen.

Seit den 1990er Jahren gibt es zunehmend auch Netzwerkbildungen im Bereich der Klima- und Entwicklungspolitik, wie etwa das Klimabündnis.²

Die erstellte Vorschlagsliste mit möglichen Kommunen für die erste Projektphase resultiert aus der dargestellten Analyse der bestehenden Nord-Süd/-Ost Städtepartnerschaften mit Kommunen, die einen deutlichen Klimaschutzbezug formuliert und auch teilweise schon Projekte mit ihren Partnerstädten in dem Bereich umgesetzt haben.³ Die Liste umfasst die oben dargestellten 122 Kommunen in Deutschland. Sie ist in drei Prioritäten eingeteilt worden. Den ersten Platz belegen die Städte, die 4 bis 5 Mitgliedschaften und Selbstverpflichtungen in den verschiedenen Bündnissen vorweisen. Diese Städte sollten aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen zu Beginn in das Projekt eingebunden werden. Auf Rang Zwei folgen die Städte, die zwei bis drei Unterzeichnungen in den möglichen Klimanetzwerken haben und in Tabellenblatt drei sind die Städte verzeichnet, die zumindest eine der genannten Kriterien erfüllen.

4.2 Kommunale Fallbeispiele

Die in diesem Kapitel dargestellten Städte und der Kreis Steinfurt sollen als Fallbeispiel für häufiger vorkommende Modelle in Deutschland dienen. Die Organisation und Struktur der Städtepartnerschaften ähnelt sich in vielen Kommunen, je nach Größe der Kommune und ihren jeweiligen Anstrengungen und Aktivitäten im „Umwelt- und Naturschutz“ oder „Klimawandel-Prozessen“. Die Entstehungsgeschichte der Städtepartnerschaften und die grundlegenden Bedingungen führen zu einer guten Vergleichbarkeit innerhalb Deutschlands. Im Folgenden ausgewählte Beispiele:

Die Stadt **Freiburg im Breisgau** (rund 220.000 Einwohner) führt seit über 20 Jahren eine Städtepartnerschaft mit Wiwili, in Nicaragua. Exemplarisch steht Freiburg für mehrere Punkte, die in deutschen Städtepartnerschaften immer wieder anzutreffen sind. Zum einen gibt es in Deutschland seit den 80er Jahren viele Städtepartnerschaften in Nicaragua, zum anderen steht Freiburg im Breisgau für eine große Kommune, die zusätzlich sehr aktiv im Klimaschutz und in der Klimaanpassung ist sowie ein aktives NRO- und Forschungsumfeld vor Ort hat. Die Partnerstadt wird durch den „Verein zur Förderung und Mitgestaltung einer Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili e.V.“ betreut. In enger Kooperation mit dem Umweltamt der Stadt Freiburg. Die Partnerschaft zeichnet sich durch Projekte und zunehmend Delegations- und Bürgerreisen aus. Die Unterstützungsleistung der Stadt Freiburg und des Partnerschaftsvereins erfolgt bei folgenden Themen: Wasserversorgung, ökologische Aufforstung, Abwasserversorgung, Ofenbau, Erneuerbare Energien und in der Errichtung von Gesundheitszentren. Die Aktivitäten liefen über die Projekte „Hilfe für die Bevölkerung“ und sind gleichzeitig auch als Klimaanpassungsunterstützung zu begreifen. Der Stadt Freiburg ist es gleichwohl wichtig, dass in der Städtepartnerschaft die Themen „Schutz der natürlichen Ressourcen“, „Aufforstung für das Klima“ und „Reduktion von CO₂“ integriert werden. Eine Unterstützung durch die NRO und die Handelskammer in Freiburg ist hierbei gegeben. Der gegründete Partnerschaftsverein beantragte etwa für die Kooperation EU Mittel, die insgesamt rund 1,5 Millionen Euro umfassten und in 5 Jahren umgesetzt wurden. Durch weitere Unterstützung über die GTZ sowie karitative Gruppen konnte auch Katastrophenhilfe nach Wirbelstürmen geleistet werden. Freiburg möchte weiterhin Unterstützungsmöglichkeiten für Wiwili anbieten und sieht diese vor allem im Erfahrungsaustausch, aber auch in der Bereitstellung einfacher technischer Mittel sowie in der Ausbildung von Akteuren vor

² Das Klimabündnis ist 1990 entstanden und bildete ein Netzwerk aus rund 1400 Mitgliedern, die sich als Ziel gesetzt haben, die CO₂ Emissionen um 10% alle 5 Jahre zu senken. Im Bündnis gab es eine Kooperation mit den indigenen Völkern der Regenwälder. Die Kooperation umfasste auch diverse Projekte zum Schutz der Regenwälder. Nähere Informationen unter <http://www.klimabuendnis.org>

³ Bei bestehendem Interesse an der Vorschlagsliste und detaillierteren Informationen wenden Sie sich an die im Impressum genannten Projektleiter.

Ort im Umgang mit den technischen Neuerungen. Das Interview zeigte, dass viele Potenziale dieser Partnerschaft noch offen sind, vor allem weil ein gut ausgebautes Netzwerk mit NRO und eine Verknüpfung mit einer tragenden zivilgesellschaftlichen Basis vorhanden sind. Vergleichbare Inhalte und Strukturen einer Städtepartnerschaft wie in Freiburg finden sich in vielen deutschen Großstädten wie Düsseldorf, Köln, München, Nürnberg, Bielefeld, Frankfurt am Main, usw.

Hier sind insbesondere noch Nürnberg und München als Vorreiterstädte darzustellen. Seit 1991 unterstützt **Nürnberg** die Stadt San Carlos in Nicaragua. Die Projekte umfassen den Schutz des Regenwaldes, die Vergabe von Stipendien, sowie so genannte „Hilfen für die Bevölkerung“ durch den Bau eines Kulturhauses oder Kindergärten, bis hin zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung. Die Projektliste kann unter http://nuernberg.de/imperia/md/partnerstaedte/-dokumente/projektliste_deutsch.pdf (letzter Zugriff 13.12.2009) abgerufen werden. Das Interview mit dem Referat „Internationale Beziehungen“ der Stadt Nürnberg hat zwar ergeben, dass zurzeit keine weiteren Projekte im Bereich Klimaschutz und -anpassung geplant sind, die Offenheit der Stadt ist aber nach wie vor gegeben. Das Know-how der Stadt Nürnberg in Fragen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist als Grundlage für generelle Strukturen der Zusammenarbeit, auch bei den gewünschten Klimapartnerschaften, nutzvoll einzubinden.

München pflegt seit 1996 die Städtepartnerschaft mit Harare in Zimbabwe, Afrika. Trotz vielfacher Schwierigkeiten in der Städtepartnerschaft, die auch zu einer zeitweiligen Pause in der Zusammenarbeit geführt hat, sind Ende 2009 neue Überlegungen für Kooperationen aufgenommen worden. Die Probleme in der Zusammenarbeit entstanden durch die politische und wirtschaftliche Krise in Harare. Diese führte zu desolaten Zuständen in der Abwasserversorgung, in der Verwertung und im Gesundheitssystem Harares. Trotzdem werden die damals geplanten Vorgehensweisen gemeinsam mit dem Oberbürgermeister in Harare wieder aufgenommen. In einem Presstext der Stadt München (<http://www.muenchen-international.de/wp-content/uploads/Presstext-Harare-Reise.pdf>; letzter Zugriff: 30.11.2009)de ausführlich dargestellt, mit welchen Mitteln die Stadt München Unterstützungsmöglichkeiten in der Klimaanpassung vornehmen wollen. Im Bereich „Wasser und Abwasserbehandlung“ sieht die Stadt München ihre Aufgabe darin, eine aktuelle Bedarfserfassung zu erstellen und einen Handlungsplan zu entwickeln. Im Abfallmanagement soll eine umweltschonenden Deponierung entwickelt werden und im Bereich Klimaschutz wird die Hauptaufgabe darin gesehen, dass für die Installation von Solaranlagen und den Bau einer Biogasanlage gemeinsam Investoren und weitere Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden. In Zusammenarbeit mit Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V. (DESWOS) und privaten Wohnungsbaugenossenschaften soll der Bereich „Wohnungsbau“ eruiert und die Kontakte für Harare ins Leben gerufen werden. Die Stadt München hat insgesamt in der Zusammenarbeit mit Harare sehr viel Wissen und Erfahrungen aufgebaut, die für den Aufbau von Klimapartnerschaften als Good-Practice mit einbezogen werden können. Der Wunsch, über die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Städtepartnerschaft zu sprechen und Ansätze zu entwickeln ist gegeben und die offizielle Positionierung sowie die Entwicklung eines Kooperationsvertrages mit Harare, lässt München als „Vorbild“ fungieren.

Ein Beispiel für eine kleinere Kommune mit rund 38.000 Einwohnern ist Würselen, in Nordrhein-Westfalen. Die Stadt **Würselen** pflegt eine Partnerschaft mit Reo in Burkina Faso, Afrika, seit 1990. Wie im Exkurs in Kapitel 6 näher erläutert, sind in kleineren Kommunen die Zuständigkeiten für umweltbezogene Projekte mit den Städtepartnerschaften nicht sofort ersichtlich. In Würselen ist die Projektaktivität hauptsächlich über die Lokale Agenda 21 verortet. Die Partnerschaft wird über den Bürgermeister betreut. Die finanzielle Situation ist für Würselen, vergleichbar mit vielen Kommunen in Deutschland, momentan nicht zufrieden stellend, dennoch hat sie sich zum Ziel gesetzt, Projekte mit Reo durchzuführen und wird dieses Ziel weiterverfolgen. Bis-

her fanden zwei Projekte mit Klimaanpassungsbezug statt. Zum einen wurde ein Regenrückhaltebecken gebaut. Zum anderen eine Solaranlage auf einem Schuldach errichtet, um die Ausbildung der Kinder sicherzustellen. Der Stadt Würselen ist es wichtig, am Bedarf der Partnerstadt und in Kommunikation mit ihr, die Projekte zu initiieren. In einem vor kurzem geführten Gespräch zwischen dem Bürgermeister aus Würselen und einem Vertreter der Stadt Reo ermittelten sie die Projekte gemeinsam. Aus diesem Gespräch ergab sich, dass momentan in Reo die Abwasser- und Wasserversorgung allgemein dringender Neuerungen bedarf. Hier möchte Würselen Hilfe anbieten und seine Kompetenzen in der Selbstverwaltung und im Aufbau einer Wasser Ver- und Entsorgung anbieten. Würselen ist zurzeit aktiv im Pilotprojekt „Kommunale Dreieckspartnerschaften“ der SKEW, das seit 2007 durchgeführt wird (vgl.: <http://www.service-eine-welt.de/Dreieckspartnerschaften/dreieckspartnerschaften-modellkommunen.html>).

In Deutschland gibt es nach den Rechercheergebnissen viele kleinere Kommunen, die die Partnerschaften ähnlich organisieren. Die Zuständigkeiten sind dabei jedoch unterschiedlich organisiert. Und die Projekte sind, je nachdem, mit welchem Land die Städtepartnerschaft besteht, an den jeweiligen Bedarfen ausgerichtet. Der **Zukunftskreis Steinfurt** als Gemeindeverband ist seit Jahren Vorreiter im Agenda21-Prozess und erstellt zudem ein integriertes Klimaschutzkonzept. Bestrebungen im Aufbau von Städtepartnerschaften mit Fokus auf Klimaschutz und Anpassung finden zurzeit ebenfalls statt. Der Kreis Steinfurt arbeitet an einer Partnerschaft mit Südkorea, gemeinsam mit dem Transferzentrum für angepasste Technologien (TAT) in Rheine. Die Partnerschaft soll als „Klimapartnerschaft“ aufgebaut werden und beinhaltet den Weg „Erneuerbare Energien“ nach Südkorea zu transferieren. Das Projekt befindet sich noch in den Anfängen der partnerschaftlichen Entwicklung.

Wie bereits beschrieben, gibt es eine Weiterentwicklung der Kooperationen innerhalb der Städtepartnerschaften, die eher auf eine projektbasierte Arbeit hinauslaufen. Diese Projektpartnerschaften mit Kommunen und Städten sind bedarfs- und kurzzeitorientiert sind. Hervorgehoben werden kann hier die Stadt **Bonn**. Als ehemalige Bundeshauptstadt und UN-Stadt mit internationaler Ausrichtung fällt ein Vergleich mit anderen deutschen Kommunen zwar schwer, aber die klimapartnerschaftlichen Projekte der Stadt könnten beispielhaft für weitere Kommunen sein. Das Statement der Stadt Bonn ist insofern deutlich. Sie will sich der „Herausforderung (...) Klimawandel“ stellen, und setzt mit ihren fünf momentan bestehenden Projektpartnerschaften Zeichen in Richtung Klimapartnerschaften Nord-Süd/-Ost. Dabei wird ein Schwerpunkt auf den Technologietransfer gelegt, zudem sieht die Stadt Bonn eine sehr wichtige Aufgabe im Capacity Building. So lässt sich etwa ein langfristig wirkender Technologietransfer ohne eine Ausbildung der Menschen vor Ort nicht umsetzen. Insbesondere mit den Städten La Paz in Bolivien und Bucharra in Usbekistan zeigen sich die Aktivitäten der Stadt Bonn. Dort wurde zum Beispiel gemeinsam mit Vereinen vor Ort und nationalen Partnern in Deutschland ein Frühwarnsystem für die Hochwasser gefährdeten Regionen entwickelt. Weitere engere Kooperationen sind zukünftig bei der Wasserversorgung, der Umweltbildung an Schulen und der Entwicklung eines modernen Katasterwesens geplant (vgl. http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/internationale_aktivitaeten/projektpartnerschaften/index.html, letzter Abruf: 28.12.2009).

4.3 Zwischenfazit

Durch Interviews, die mit den Kommunen geführt wurden, zeigt sich, dass es bisher bei den Städtepartnerschaften keine rein strategische Ausrichtung auf kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen gibt. Aufgrund der verstärkten Handlungen von deutschen Kommunen die internationalen Klimaschutzziele zu erreichen, bietet sich dennoch ein großes Potenzial um internationale Klimapartnerschaften zwischen Kommunen und Regionen aufzubauen und die Zielsetzung bis 2015 fünfzig Klimapartnerschaften umsetzbar ist. Festzuhalten ist, dass es noch deutlichen Unterstützungsbedarf in einer strategischen Ausrichtung zur Zusammenarbeit in Klimapartnerschaften gibt. Es gibt Kommunen, die sich in vielen Bündnissen und Mitgliedschaften einbringen, die etwa ein kommunales Flächenmanagement umsetzen, ihre Stadt auf die ersten Ränge der Solarbundesliga bringen oder weit reichende Handlungsprogramme zum Klimawandel aufstellen. Doch die Unterschiede zwischen den Kommunen in Deutschland sind groß.

Die Recherchen zur Studie ergaben zudem, dass die einwohnerstärkeren Städte ein größeres Potenzial für eine Zusammenarbeit in Klimaschutzfragen bieten. Die kommunalen Städtepartnerschaften werden dort häufig durch externe Städtepartnerschaftsvereine betreut. Durch ehrenamtliches Engagement vieler NRO und Migrantinnen und Migranten vor Ort, die internationale Themen direkt tangieren, können die Möglichkeiten für eine kommunale EZ potenziert sein. Durch „Aktionen“, die im Rahmen von Klimaschutz und Klimaanpassungsthemen stattfinden, lassen sich Veränderungen im ehrenamtlichen Engagement erkennen. Beispiele dafür stellen die Plattformen <http://www.350.org>, <http://www.campact.de>, <http://www.wir-klimaretter.org> und <http://www.avaaz.org> dar. Diese themenbezogenen Vernetzungs-Plattformen verbinden Menschen weltweit miteinander, die sich unter anderem die Ziele gesetzt haben, den globalen Atmosphärenanteil an CO₂ auf 350ppm zu begrenzen und eine nachhaltige Entwicklung über unterschiedliche soziale, ökologische und ökonomische Maßnahmen zu unterstützen.⁴ Derartige Projekte und Aktionen sind zumeist den heutigen Wünschen und Bedürfnissen an ein ehrenamtliches Engagement angepasst: sie sind spontan, kurzfristig organisiert und auf bestimmte Themen bezogen (vgl. BMBFSFJ 2005, S. 46).

Die Kommunen sind herausgefordert, sich diesen modernen Ansprüchen an Flexibilität und Projektwechsel anzupassen, um die Möglichkeiten, die kommunale Partnerschaften bieten, auch vollständig nutzen zu können. Neben den ehrenamtlich Engagierten bieten die bestehenden Wirtschaftskontakte mit Partnerstädten ein grundlegendes Know-how in der internationalen Zusammenarbeit. Weiterhin ist festzustellen, dass in größeren Städten die internationalen Kontakte auch zur Einen Welt Arbeit zumindest mit der Kommunalverwaltung abgestimmt werden, während in kleineren Kommunen die Arbeit oftmals von ehrenamtlichen Vereinsstrukturen abhängig ist. Kleinstädte pflegen zudem eher kommunale Städtepartnerschaften mit europäischen Kommunen, jedoch gibt es im Verlauf des Projektes die Möglichkeit die Partnerschaften, etwa über die RGRE-Datenbank mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu erweitern. Hier besteht eine besondere Herausforderung für das Projektdesign „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“, um auch kleineren Kommunen eine Teilnahme zu ermöglichen. Gerade die Großstädte Deutschlands (ab 100.000 Einwohner) haben gute Voraussetzungen, um eine Klimapartnerschaft zu entwickeln und erscheinen deswegen für die Anfangsphase des Projektes als besonders wichtige Partner. Sie können Wege aufzeigen, wie Unterstützungsmöglichkeiten durch Kommunen weitergegeben werden können und somit als „Leuchttürme“ fungieren, um weitere Städte im Laufe des Projektes wie geplant hinzu zu gewinnen.

⁴ Mit 350ppm als Ziel ist gemeint, dass die Erdatmosphäre maximal 350 Teilchen CO₂ pro Millionen enthalten sollte, um ein Klima zu erhalten, dass Mensch und Natur nicht schadet. Momentan liegt die ppm Anzahl bei 387- und sie steigt laut 350.org jährlich um 2ppm an. Vgl. <http://www.350.org/de/die-wissenschaftlichen-hintergr-%C3%BCnde-%C3%BCr-350>, letzter Abruf: 02.10.2010

Es gibt in der Liste im Anhang einige Good-Practices, wie Nürnberg, München und Freiburg im Breisgau, von denen ein Input für das Projekt sehr vorteilhaft wäre. Vor allem die Projekte in der internationalen Zusammenarbeit in diesen Städten sind eng verzahnt mit den ortsansässigen nationalen und internationalen NRO und haben den Fokus „Klimaschutz und -anpassung“ von Anfang an mit bedacht. Das zeigt sich an den umgesetzten Aufforstungsprojekten oder im Wissenstransfer zu Erneuerbaren Energien. Es sollten aber gerade in der Anfangsphase auch einige kleinere Städte, wie Würselen (NRW) oder Langenhagen (Niedersachsen) ins Boot geholt werden, um die Vergleichbarkeit von Anfang an für viele Kommunen zu gewährleisten und um die finanziell oder personell geringer ausgestatteten Kommunen nicht auszuschließen.

Für die Startphase des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ wird empfohlen, sich zunächst auf die aktiveren Kommunen zu konzentrieren und den Wissensprozess und Erfahrungsaustausch durch Einbindung von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zu qualifizieren.

5. Exkurs: Herausforderung Projektdesign und kommunale Verwaltungsstrukturen

Die Recherchen zum Thema Klimaschutz und Städtepartnerschaften offenbarten eine Problemstellung, die für das Projektdesign von größerer Wichtigkeit ist. So zeigte sich bei den Interviews in den allermeisten Kommunen, dass es für die Städtepartnerschaften und Klimaschutz keine klaren und gemeinsamen Zuständigkeiten gibt. In größeren Städten ist die Zuständigkeit für Städtepartnerschaften des Öfteren in eigenständigen Referaten wie etwa „Internationale Beziehungen“ verankert, während in kleineren Städten Städtepartnerschaften eher als Nebenthema im Referat „Kultur“ verortet sind. Dort tritt oftmals der Fall auf, dass sich nur noch der gegründete Städtepartnerschaftsverein, der ehrenamtlich und nicht durch die Kommunalverwaltung selbst organisiert ist, um die Partnerbeziehungen kümmert. Die Kommune überlässt dabei einem Verein ein Finanzbudget zur Pflege der Partnerschaft, ist aber nicht mehr Hauptsprechpartner. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die Städtepartnerschaft zwar durch die Kommunalverwaltung organisiert wird, aber die Projekte über den ansässigen Verein durchgeführt werden, Projektpartnerschaften im Umweltamt angesiedelt sind oder von der Lokalen Agenda 21- Ortsgruppe initiiert werden.

Es gibt ferner die Situation, dass das Umweltreferat die Projektpartnerschaften zum Klimaschutz und -anpassung mit den Verantwortlichen für Städtepartnerschaften durchführt und die beiden Zuständigkeitsbereiche in der Hinsicht zusammenarbeiten. In diesem Fall ist die interne Kommunikation der Kommunen von großer Bedeutung. Nicht immer schienen die Absprachen ausreichend zu sein. In den recherchierten Fällen kam es zu wiederkehrenden Disharmonien von Zuständigkeiten, die sich in der Interviewführung problematisch gestalteten. Beim Aufbau von Klimapartnerschaften bedeuten die unterschiedlich verankerten Zuständigkeiten in den deutschen Kommunen, dass eine klare Aufbauorganisation und Kommunikationsstruktur nötig werden, um ein gemeinsames Handlungsprogramm mit den Süd-Ost-Kommunen aufbauen zu können. Innerhalb der Kommunen besteht somit die Notwendigkeit den horizontalen Wissenstransfer zu verbessern. Wie während der Recherchen festgestellt wurde, kommt es immer wieder vor, dass die zuständigen Stellen keine ausreichenden Kenntnisse über die Arbeit der anderen Fachämter hatten und somit auch ein Bedarf an einem verbesserten querschnittsorientierten Handeln besteht. Auf der kommunalen Arbeitsebene mit Städtepartnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit kommt es wiederkehrend zu Überschneidungen aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten in der kommunalen Verwaltungsstruktur. In fast jeder Kommune finden sich demnach auch mehrere Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen, die mit den Städtepartnern zusammen arbeiten und Projekte betreuen. Hinzu kommen die externen Initiativen, wie der Partnerschaftsverein oder beteiligte andere NRO. Für das geplante Projektdesign und die Entwicklung gemeinsamer Handlungsprogramme ist es wichtig eine klare Aufbauorganisation mit definierten Zuständigkeiten zu etablieren.

Eine Möglichkeit Disharmonien von Beginn an zu vermeiden könnte darin bestehen, dass Steuerungsgruppen innerhalb der Kommune verankert werden, in denen Verwaltung, Politik und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam an möglichen Handlungsprogrammen arbeiten, die von einer städtischen Projektkoordination unterstützt werden. Hierbei könnten auch auf bestehende Strukturen, wie etwa die Lenkungsreise der Lokalen Agenda 21 zurückgegriffen werden. Als übergeordnete Netzwerkstrukturen der kommunalen Zusammenarbeit könnten somit die Kommunalen Spitzenverbände, die SKEW und die LAG 21 NRW ihre Erfahrungen mit einbringen.

6. Ergebnisse NRO

6.1 NRO-Partnerschaften zwischen Nord – Süd/-Ost-Kommunen

Nichtregierungsorganisationen sind die wichtigsten Wegbereiter in der „Entwicklungszusammenarbeit und in der Umweltpolitik“, wie das BMZ auf seiner Homepage darstellt. In Deutschland gibt es viele Tausende NRO, die sich entwicklungspolitisch engagieren. Dazu zählen Arbeitsgemeinschaften, Fördervereine, Partnerschaftseinrichtungen, Initiativgruppen, Bündnisse, aber auch Stiftungen, entwicklungspolitische Netzwerke oder Solidaritätskreise (vgl.: http://www.bmz.de/de/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/nros/index.html; letzter Abruf: 30.12.2009). Themengebiete der NRO sind „die Armutsbekämpfung, die Förderung von Meinungsbildungs- und Partizipationsprozessen, der Aufbau sozialer und institutioneller Strukturen, die Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe und entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“ (ebd.). Die NRO können politisch orientiert, kirchlich oder privat organisiert sein.

Die statistische Erfassung des Non Profit Organisation (NPO)-Sektors in Deutschland ist am umfassendsten durch das „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ in Baltimore, USA, 1995 durchgeführt worden.⁵ Neuere Zahlen sind voraussichtlich 2010 zu erwarten. Warum es so wenig Daten über den NPO Bereich insgesamt gibt, liegt daran, dass es zuerst eine Unterschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Nonprofit Sektors gab, zum anderen dass in die offiziellen Datenerfassungen hauptsächlich die volkswirtschaftlichen Bereiche gerückt sind und die gemeinnützigen Organisationen zuerst nicht in den Bereich der privatgewerblichen Produzenten mit einbezogen wurden (vgl. Zimmer/Nährlich/Paulsen in: Arnold/Maelick 2009, S. 117).

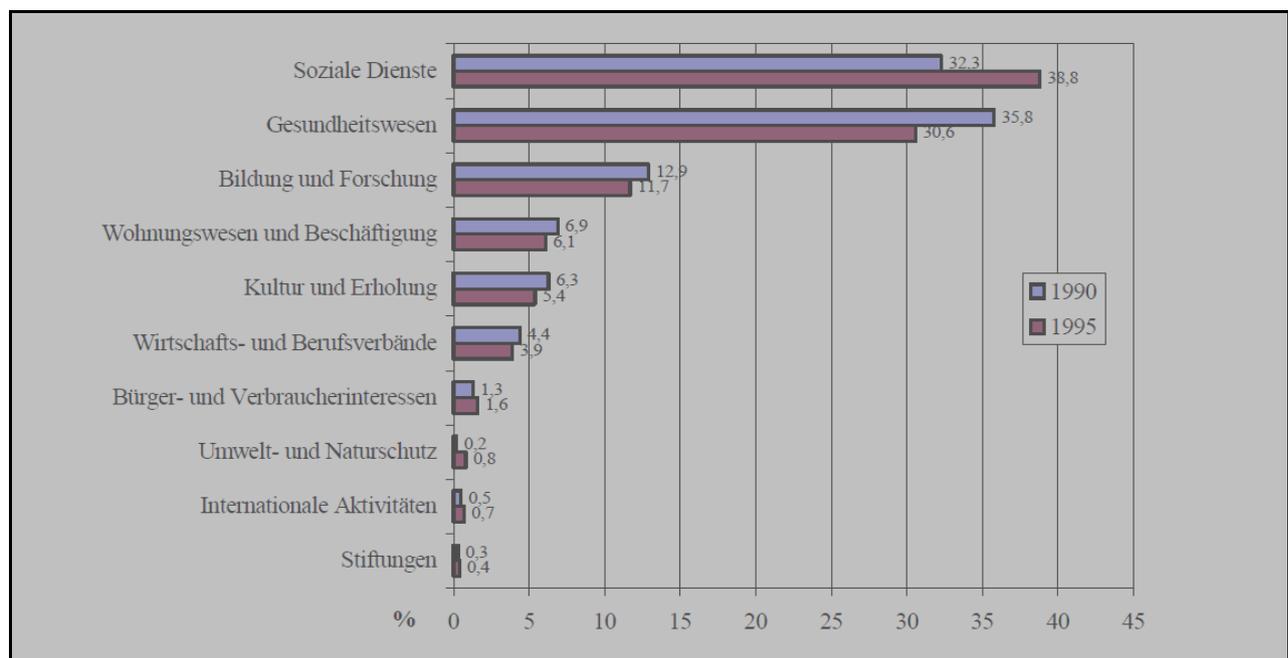


Abbildung 4: Beschäftigungsintensität deutscher NPO nach Tätigkeitsfeldern;
Quelle: John Hopkins Projekt

⁵ Das Center for Civil Society der John Hopkins Universität in Baltimore hat erstmalig und weltweit eine umfassende Datenanalyse des Dritten Sektor oder auch NPO Sektors durchgeführt. Nähere Informationen zum Projekt sowie Publikationen befinden sich unter: <http://www.ccss.jhu.edu/index.php?section=content&view=9&sub=3> , letzter Abruf: 14.01.2010

Der Dritte Sektor teilt sich nach den Untersuchungen des John-Hopkins-Projekts in zehn verschiedene Tätigkeitsfelder auf. Die Ergebnisse zeigen auf, dass der für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ wichtige Bereich – **Umwelt-und Naturschutz** sowie **Internationale Aktivitäten** – der NPO in Deutschland schon in den 90er Jahren innerhalb von nur 5 Jahren insgesamt um 0,9 % gewachsen ist. Etwas aktuellere Studien des Maecenata Institutes zeigen, dass „insbesondere Freizeitvereine (+ 8,23%), Kulturvereine (+ 7,47%) und Umwelt- und Tierschutzvereine (+ 4,62%)“ überdurchschnittlich „von 2003 auf 2005 zugelegt“ haben (vgl. Maecenata Institut 2006, S. 6).

Die Analyse der Nichtregierungsorganisationen mit entwicklungspolitischen Partnerschaften mit Bezug Klimaschutz und -anpassung verlief wie im Methodenteil beschrieben nicht auf der Grundlage einer quantitativen Auswertung. In der Internetrecherche wurden zuerst die wichtigsten Dachverbände der entwicklungspolitisch arbeitenden NRO hinsichtlich Ihrer Klimaschutz und Klimaanpassungsaktivitäten analysiert. Die Dachverbände, wie der „Dachverband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.“ (VENRO) und die „Arbeitsgemeinschaft Eine Welt Landesnetzwerke e.V.“ umfassen eine Vielzahl an Mitgliedern. VENRO betreut momentan, laut BMZ, 118 Mitglieder und ist im Wachstum. Jährlich treten ca. 10 neue Mitglieder hinzu. Da VENRO eine Vielzahl Landesnetzwerke einschließt, sind viele kleine NRO automatisch mit eingebunden, so dass insgesamt über 2000 einzelne NRO in diesem Netzwerk zusammengeschlossen sind und sich unter einem Dachverband organisieren (vgl. www.venro.org). Auch die Eine Welt Landesnetzwerke bilden einen Zusammenschluss diverser Organisationen und Vereine, die sich zum Ziel gesetzt haben, im Sinne einer globalen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung zu agieren. Die Dachverbände übernehmen die Vernetzungs- und Koordinationsaufgaben, sowie eine gemeinsame Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie unterstützen in Finanzierungsfragen, sind somit beratend und strukturierend für die etlichen kleineren Vereine, Bündnisse etc. zuständig. Insofern ist hier ein großes Potenzial von NRO mit Klimaaktivitäten zu verzeichnen.

Ein erst 2007 gegründetes Netzwerk ist die Klimaallianz. Die Klimaallianz ist ein Zusammenschluss von mittlerweile über 100 Organisationen in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt haben, für belastbare und anspruchsvolle Klimaschutzziele durch Projekte, Kampagnen, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit einzutreten. Zur bundesweiten Klimaallianz zählt eine Vielzahl an unterschiedlichen Organisationen aus den Bereichen:

- Kirche
- Entwicklungsorganisationen
- Umweltverbände
- Gewerkschaften
- Verbraucherschutzorganisationen
- Jugendverbände
- Wirtschaftsverbände
- und andere Gruppierungen

Ähnlich wie bei den Städtepartnerschaften der Kommunen schon festgestellt, ist auch bei den NRO festzuhalten, dass sie eine Vielzahl an Projekten umsetzen die Klimaschutz und -anpassungsbezug haben. Die Projektzusammenhänge sind bei den NRO jedoch weitaus vielfältiger. Die Identifikation und das Engagement zur Umsetzung von entwicklungspolitischen Zielen sind bei den NRO aufgrund des intermediären und zivilgesellschaftlich orientierten Charakters der NRO wesentlich höher als bei einer Kommunalverwaltung. Denn NRO entwickeln sich immer dann, wenn in der Gesellschaft bestimmte Themen nicht ausreichend durch den Staat oder staatliche Institutionen bearbeitet werden können. Gerade in Deutschland ist die Arbeit der NRO seit vielen Jahren sogar staatlich organisiert und entlastet den Staat auch in vielen Bereichen (vgl. Zimmer/Priller 2001, S. 3f.).

Im Vergleich zu den NRO sind in kommunalen Strukturen Themen der Nachhaltigkeit und gerade die kommunale Entwicklungszusammenarbeit organisatorisch schwieriger einzubinden. Sie sind als freiwillige Leistung anzusehen, die nicht der kommunalen Daseinsvorsorge unterliegen. Das Engagement ist trotz begrenzter Personalkapazitäten und eines engen Spielraumes in den Rahmenbedingungen immer aufrechterhalten worden. Das spricht für das große Interesse der Kommunen und ist auf jeden Fall unterstützenswert (vgl. Lämmlin/Fröhlich 2009, http://www.service-eine-welt.de/images/text_material-1401.img). Nachfolgend wird alphabetisch dargestellt in welchen Themenfeldern NRO bei der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Gleichzeitig ermöglichen die Themenfelder einen Einblick in das bisher schon aufgebaute inhaltliche Wissenspotenzial der NRO.

Die in der Auflistung fett unterlegten Themen sind die für diese Studie wichtigen Ansatzpunkte, da sie als Teil von Klimaschutz und Klimaanpassungsthemen betrachtet werden können. Im Folgenden ist eine Übersicht zur Themenvielfalt der NRO Arbeit dargestellt. (Quelle: <http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/149/>, letzter Abruf: 05.01.2010)

6.2 Themen der Eine Welt Gruppen können sein und sind

- A:** Aids, allgemeine Infrastruktur, allgemeine Kulturförderung, Alphabetisierung, **Anti-Desertifikation, Aufforstung**, Ausstellungen
 - B:** Basisgesundheits, Behinderte, Beratung/ Information, **Bildung allgemein**, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
 - D:** Demokratisierung
 - E:** Eine Welt Promotoren, Einkommensschaffende Maßnahmen, **Empowerment**, Entwicklungszusammenarbeit, Erlassjahr, **Erneuerbare Energien**
 - F:** **Fairer Handel**, Familienplanung, **Flüchtlinge**, **Förderprogramme**, **Fortbildungsprogramme**, Frauen, Freiwilligendienste, Friedensarbeit
 - G:** **Gemeindeparterschaften**, Gesundheitswesen, **Globalisierung**
 - H:** **Hochschulpartnerschaften**
 - I:** **Indigene Bevölkerung**, **Infrastruktur**
 - K:** Kampagnenarbeit, **Katastrophenhilfe**, Kinderarbeit, Kinderhandel, Kindergärten- und Heime, kleine und mittlere Unternehmen, Krankenhausbau, Kreditprogramme, Kulturangebote, Kunst
 - L:** **Länderpartnerschaften**, **Ländliche Entwicklung**, **Landwirtschaft**, Literatur, **Lo-kale Agenda**
 - M:** **MigrantInnen**, Minenräumung, **Müllentsorgung/ Verwertung**, Musik/Tanz
 - N:** **Nachhaltige Entwicklung**, **Nachwachsende Rohstoffe**, **Naturschutz**
 - O:** Organisationsentwicklung
 - P:** **Partnerschaften allgemein**, Politische Arbeit, **Projektpartnerschaften**, Publikationen
 - R:** Rechtsberatungen
 - S:** Schulbau, Schulmittel, Schulstipendien, Senioren, **Solarenergie**, Sozialstandards, **Städtecafés**, **Straßenbau/Verkehr**, Straßenkinder
 - T:** **Tourismus**, **Tsunami Hilfen**
 - U:** **Umwelt- und Naturschutz**, Universitäten, Unterrichtsmaterialien
 - V:** Veranstaltungen, Vertriebene
 - W:** **Wasserversorgung**, **Brunnenbau**, **Weltladen**, **Wiederaufbau**, **Windenergie**, Wohnraum
-

Die Auflistung garantiert keine Vollständigkeit der Aufgaben, die von NRO in Deutschland und international in der Entwicklungszusammenarbeit bearbeitet werden. Gleichwohl zeigt sie deutlich die Auswahl an Bedarfen, die in der EZ vorliegen und durch die NRO mitgetragen werden. Die Liste zeigt auf, dass die inhaltliche Arbeit zahlreicher NRO in Deutschland durch eine Auseinandersetzung mit klimarelevanten Fragestellungen geprägt ist. Nachfolgend wird tabellarisch ein Überblick über die Struktur der NRO im Bereich Klimawandel und EZ gegeben. Die Tabelle strukturiert die einzelnen NRO nach den Gruppierungen, die die Klimaallianz dargestellt hat (Kirche, Entwicklungsorganisationen, Umweltverbände, Gewerkschaften, Verbraucherschutzorganisationen, Jugendverbände, Wirtschaftsverbände und andere Gruppierungen).

Tabelle 2: Clusterung NRO mit Klimaschutz und -anpassungsprojekten in der Einen Welt, Darstellung LAG 21 NRW

NRO	Themenbezug	Vordringliche Arbeitsebene	Verortung
Concorde	Entwicklungszusammenarbeit	EU	Europäischer Verband von NRO in der Entwicklungsarbeit
Klima- Allianz	Bündnis für konsequenten Klimaschutz	Transnational	Nationaler Verband von NRO im Umwelt- und Entwicklungsbereich
Forum Umwelt und Entwicklung	Koordinierung der Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung	Transnational	Entwicklungsorganisation/Vernetzungsinstitution der Klimaallianz
Greenpeace; WWF; BUND, NABU, Robin Wood	Unter anderem: Klimawandel- in allen Organisationen als Schwerpunkt; sowie: Schutz von Urwäldern, Umwelt- und Naturschutz allgemein, Fair Trade, Armutsbekämpfung, Tierschutz, Regenwaldschutz etc.	Transnational und National	Umweltverbände
BORDA- Bremen Overseas Research and Devel-	Armutsentwicklung und -bekämpfung, nachhaltige Entwicklung, gekoppelt mit	Transnational und national	Entwicklungsorganisation mit unter-

<p>opment, Terres des Hommes, Attac, WEED, Amnesty International, CARE e.V., Deutsche Welthungerhilfe</p>	<p>folgenden strategischen Managementsystemen: Qualitäts- und Wissensmanagement; Dezentrale Wasserversorgung; Dezentrale Energieversorgung, Dezentrale Abwasseraufbereitung, Gemeinschaftlich basierende Abwassersysteme, Dezentrale Abfallwirtschaft Themen-schwerpunkt Ökologie und Nachhaltigkeit: Schutz der Artenvielfalt, Trinkwasserschutz; Bildungsprojekte</p>		<p>schiedlichsten Hauptschwerpunkten/ Prioritäten</p>
<p>Wohlfahrtsverbände, wie z. B. AWO International</p>	<p>Integrative Jugendarbeit, Migration, Seniorenförderung, Soziale Sicherungssysteme, Gesundheitsförderung</p>	<p>Transnational und national</p>	<p>Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften</p>
<p>Kirche und kirchliche Organisationen (evangelische und katholische) (z.B.: Arbeiteramariterbund e.V.; Malteser Hilfsdienst, DRK, Johanniter, Diakonie Katastrophenhilfe; KLJB; Misereor; eed; Brot für die Welt, etc.)</p>	<p>Kirche als einer der wichtigsten Akteure in der EZ – vor allem Armutsbekämpfung, mittlerweile zunehmend Projekte für eine nachhaltige Entwicklung- und wie dem Fallbeispiel des Bistum Trier entnommen werden kann auch in Klimaanpassungsstrategien; Katastrophenhilfe, Entwicklungshilfe, Wiederaufbau, Gesundheitsversorgung, Wasserhilfe, etc.- natürlich weichen die Themen bei allen ein wenig voneinander ab; Rohstoffe + Energie, Klimawandel, Frieden, Aids, Wasser, Armut in Städten, Menschenrechte, Gender, Partizipation, Wirkungsorientierung, Evaluierung und Beratung, Vielfalt, Welthandel, Kredite gegen Armut, Hunger bekämpfen, Weibliche Genitalverstümme-</p>	<p>Transnational</p>	<p>Kirche</p>

	lung, Naher Osten, Gesundheitsversorgung, ...		
Germanwatch e.V.	Lobby für Nord-Süd Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung	National	Andere Gruppierung Hauptfokus: Capacity Building; Politik
FairPlanet e.G., Atmosfair GmbH	Unterstützt den Aufbau erneuerbarer Energien in Deutschland und fördert Projekte in Ländern des Südens; CO2 „Ablasshandel“ bei Atmosfair; Geld wird in diverse Klimaanpassungsprojekte umgesetzt	International und national	Wirtschaftsunternehmen
Arbeitsgemeinschaft Eine Welt Landesnetzwerke e.V. ; LAG21 NRW e.V. VEN- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. ;	Verband aller Ein- Welt-Landesnetzwerke; Bioenergie, Frauen und Klima, Menschenrechte, Planet 8 (MDG)	National	Dachverbände für Entwicklungsorganisationen/ Landesverbände
Stiftung Nord-Süd Brücken; Heinrich- Böll- Stiftung, Stiftung Zukunftsfähigkeit, andere politische Stiftungen etc.	Unter anderem fördern sie Projekte in der landwirtschaftlichen Entwicklung und Ressourcenschonung	National, mit internationalen Förderschwerpunkten	Stiftungen
Eine Welt Gruppen, Landesspezifische Vereine, Städtepartnerschaftsvereine, LA21- Gruppen, FUGE Hamm e.V.	Themen: siehe Auflistung Seite 30f.	Lokal/ Kommunal	NRO in der EZ allgemein

Die Vielzahl an initiierten und schon abgeschlossenen Projekten mit Klimaschutz und -anpassungsbezug erschwert eine ausdifferenzierte Darstellung und vereinfachte Clusterung. Die Darstellung zeigt dennoch deutlich, dass die großen Verbände und Organisationen eine strategische Projektplanung und -umsetzung vornehmen. Dabei sind insbesondere die kirchlichen Institutionen die am längsten verankerten Partner in der EZ, wie nachfolgend noch an Fallbeispielen erläutert wird. Die Tabelle ist dennoch unvollständig - weitere Vereine, die im Verlauf der Studie recherchiert worden sind, können der beigefügten Liste des Projektberichtes entnommen werden.⁶

Eine wichtige Feststellung ist, dass die NRO sich mittlerweile in verschiedenen großen Netzwerken transnational verbinden. Die Klimaallianz bildet das momentan größte transnationale Netzwerk in Deutschland. Der Zusammenschluss der einzelnen Verbände in umfassende Netzwerke trägt dazu bei, dass diese durch ihre Mitgliederstärke besser wahrgenommen werden, kleine Netzwerkpartner allerdings weniger in der Außendarstellung erscheinen. Die bestehenden vertikalen Ebenen der NRO (international, national, landesspezifisch und kommunal) sind durch die intensive Vernetzungsarbeit gut für eine Zusammenarbeit aufeinander abgestimmt. Auch die horizontale Ebene ist durch die Entwicklung verschiedener Dachverbände strategisch gut entwickelt. Ein Bestandteil intensiver NRO Arbeit ist dadurch auch immer wieder die Durchführung von Projekten mit Kooperationspartnern. Die Kooperationen der NRO finden auch mit staatlichen Institutionen, wie der GTZ oder den Bundesministerien Deutschlands statt, aber auch mit Wirtschaftsakteuren und den Kommunen. Dieses Know-how im Umgang mit Kooperationsprojekten ist eine Stärke, die in das Projekt Klimapartnerschaften unbedingt eingebunden werden sollte.

In den folgenden Fallbeispielen werden jeweils Vorgehensweisen in der Entwicklungszusammenarbeit der NRO aus den verschiedenen horizontalen Ebenen näher beleuchtet. Dabei wurde versucht, Beispiele auszuwählen, die übertragbar auf verschiedenste NRO sein können und zugleich die Ebenen exemplarisch darstellen.

⁶ Für Rückfragen zu den Nichtregierungsorganisationen können Sie sich ebenfalls an die Projektleiter wenden.

6.3 NRO Fallbeispiele

Der **kirchliche NRO Sektor** spielt eine herausragende Rolle in der EZ. Die jahrzehntelange Erfahrung ist mittlerweile verfestigt, auch dadurch, dass viele Institutionen in den Eine Welt Ländern vor Ort kirchlich organisiert sind. Ein Good-Practice Beispiel für eine Hilfsorganisation, die sich außerstaatlich mit Klimawandel im Nord-Süd Kontext befasst ist das **Hilfswerk Misereor**. Misereor ist international aufgestellt, Mitglied in der Klimaallianz und bearbeitet mittlerweile das Thema „Klimawandel“ unter der Fragestellung „Klimawandel und Gerechtigkeit“. Durch ein Interview konnte der professionelle Eindruck der Vorrecherche zur Arbeit des Hilfswerks bestätigt werden. Ein aktuelles Projekt zur Klimagerechtigkeit impliziert unter anderem auch die Entwicklung von Handlungsoptionen für eine internationale Klimagerechtigkeit. Die Handlungsoptionen werden über den Dialog mit Ländern und Gemeinden in Eine Welt Ländern entwickelt (<http://www.klima-und-gerechtigkeit.de/84.html?&L=\\\\\\\\\\\\%271>; letzter Abruf: 11.01.2010). Das Interview zeigte, dass es viele Herausforderungen im Dialogprozess mit den Ländern der Einen Welt geben kann. Es sei häufig noch zu wenig Wissen darüber vorhanden, welche Ursachen es für den Klimawandel gibt und dass diese veränderbar sind. Misereor verfügt mittlerweile über ein gefestigtes Know-how zu Dialogprozessen mit Ländern in der Einen Welt über den Klimawandel und dessen Ursachen und Folgen, die für das Projekt fruchtbar sein können.

Eine andere Ebene in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit stellt das **Bistum Trier** dar. Wie im Interview als wichtiger Grundgedanke der Kirche allgemein erläutert wurde, besteht für die Kirche allein aus dem Gedanken der „Bewahrung der Schöpfung“ heraus eine Verpflichtung, sich des Themas Klimawandel näher anzunehmen. Das Bistum hat seit genau 50 Jahren eine Partnerschaft mit Bolivien. In diesem Zusammenhang fanden die typischen „Kleinstprojekte“ im Bereich Klimaschutz und -anpassung statt. Bisherige Projekte waren:

- Nachhaltige Landwirtschaft, Schutz vor Bodenerosionen, Aufforstung (mit MISEREOR gemeinsam- hier zeigt sich die gut funktionierende horizontale Vernetzung im NRO Bereich)
- Aufbau von Photovoltaikanlagen auf Krankenhäuser

Weiterhin wird der Gedanke des fairen Handels unterstützend in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt.

Auf einer weiteren Ebene der kirchlichen EZ, haben die Gruppen der Katholischen Landjugend Bewegung (KLJB) in Deutschland einige Projekte mit Ländern in der Einen Welt umgesetzt. Dazu gehören „Workcamps“, wie im September 2009 zum Thema „Ernährungssouveränität, Landflucht, Energie und Klimawandel“ im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums mit der Bayrischen Partnerschaft mit Senegal. Fachkräfteaustausche mit Uganda der KLJB Würzburg und ein Solarprojekt in Peru mit der Diözesanstelle der KLJB Osnabrück.

Hauptakteur der Evangelischen Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit ist der **Evangelische Entwicklungsdienst (eed)**. Der eed fördert und unterstützt diverse Projekte weltweit, unter anderem zum Schwerpunkt „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“. Es werden Projekte umgesetzt, die zum Beispiel Beratungen von Bauern in ökologischer Landwirtschaft durchführen oder die Abfallentsorgung vor Ort verbessern. Die evangelische Kirche in Westfalen und viele weitere evangelische sowie katholische Kirchen haben sich zur **entwicklungspolitischen Klimaplattform** zusammengeschlossen. In diesem Zusammenschluss geht es um die Gerechtigkeit des Klimawandels und den Diskurs der Kirchen darüber (http://www.evangelisch-in-westfalen.de/fileadmin/ekvw/dokumente/projekte/klimaplattform/Klima_der_Gerechtigkeit_screen.pdf, letzter Abruf: 13.01.2010). In diesem Positionspapier stellt der kirchliche Verbund deutliche Forderungen an die Regierungen der Industrieländer, die Weltbank und weitere staatliche Institutionen, den Klimaschutz auszubauen und die Klimaanpassung

in Ländern der Einen Welt zu forcieren. Vor allem aber auch, Mittel für die notwendigen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Das Potenzial in der Zusammenarbeit mit Kirchen als Akteur für den Aufbau von Klimapartnerschaften Nord-Süd/-Ost ist enorm. In der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit sollten daher weitere Nachrecherchen erfolgen, um gezielte Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ zu finden und die Themen noch weiter zu clustern.

Die **transnationalen Umweltverbände** haben insgesamt das Thema Klimawandel in ihre Programme integriert und bauen die Projekte in einer Vielzahl von Kategorien aus.

Greenpeace unterstützt weltweite Projekte unter anderem in folgenden Themenbereichen:

- Schutz des Regenwaldes
- Aufforstung als Anpassungs- und Schutzmaßnahmen
- Schutz der Meere
- Energiesparen, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und „Energiewende“

Wie bei Greenpeace zu erkennen ist, sind die Bereiche zur Bekämpfung des Klimawandels in den NRO umfassend angelegt und werden als Gerechtigkeitsthemen, Menschenrechtsthemen und Armutsbekämpfung zugleich betrachtet. **Amnesty International, Care e.V., WWF, Attac** und die **Deutsche Welthungerhilfe** sehen den Klimawandel auch zunehmend unter dem Gerechtigkeitsaspekt und strengen mittels dieser Diskursänderung auch neue Projekte weltweit an. Mit ihrem Wissen in der internationalen Zusammenarbeit und Vertretern vor Ort sind sie ein wichtiger Faktor für das Projekt „Klimapartnerschaften Nord-Süd/-Ost“.

Germanwatch e.V. ist eine nationale Gruppierung, die die Klimagerechtigkeit zwischen Nord-Süd zur Lobbyarbeit erklärt hat und einen aktiven politischen Diskurs in der Aufklärungsarbeit rund um die Themen Klimawandel, Klimaschutz, Klimaanpassungs- und „ungerechtigkeiten“ führt. Dabei bezeichnen sie sich selbst als eine Entwicklungs- und Umweltinstitution. Sie sind Vorreiter und Sprachrohr der NRO für politische Diskurse zum Klimaschutz und -anpassung in Deutschland, da sie sich aktiv das Ziel gesetzt haben, sich gegen Klimaungerechtigkeiten in südlichen Ländern einzusetzen. Gerade im Zusammenhang mit dem Klimagipfel in Kopenhagen haben sie sich stark gemacht und ihre Standpunkte über Positionspapiere und Hintergrundinformationen gefestigt. So ist etwa gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung das Hintergrundpapier „Substanz oder Greenwash-Show? Die Zeit für Halbheiten ist vorbei“ verfasst worden.⁷ Auch wenn es momentan wenige aktuelle Zahlen über die Veränderungen im Tätigkeitsbereich der NRO in Deutschland gibt, lässt sich anhand von Germanwatch e.V. zeigen, dass die in der John Hopkins Studie getrennten Bereiche jetzt offensichtlich stärker miteinander verknüpft werden.

VENRO ist ebenfalls ein wichtiger Netzwerkakteur auf nationaler Ebene. Im VENRO haben sich rund 120 NRO freiwillig gebündelt, die bundesweit zu entwicklungspolitischen Themen arbeiten. Ein wichtiges Ziel der Bündnisarbeit von VENRO ist die Erreichung der MDG Ziele und damit auch die Bekämpfung der weltweiten Armut. Fast jedes Mitglied bei VENRO pflegt intensive Kontakte und Partnerschaften mit Ländern in der Einen Welt, mit Vereinen oder mit staatlichen Institutionen vor Ort. Auf Landesebene oder auf der lokalen Ebene gibt es Anstrengungen, die weltweiten Belastungen die durch den Klimawandel für die Entwicklungs- und Schwellenländer entstehen, vorzubeugen bzw. zu reduzieren. Um hier ebenfalls die Vielzahl an Vereinen zu bündeln, haben sich schon in den 70er Jahren Landesnetzwerke, wie die verschiedenen Eine Welt Netzwerke aufgebaut. Die Eine Welt Netzwerke bündeln alle Initiativen und Gruppen, die sich mit den Themen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit befassen. Somit sind hier pro-

⁷Bals, Christoph (2009): „Substanz oder Greenwash-Show? Die Zeit für Halbheiten ist vorbei“ verfasst. Hintergrundpapier zum Klimagipfel in Kopenhagen, 7.-18. Dezember 2009. Herausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung und Germanwatch e.V., 06. Dezember 2009. <http://www.germanwatch.org/klima/c15bp.pdf>, letzter Abruf: 02.01.2010

fessionelle Ansprechpartner vorhanden, um einen Einblick in die Vielzahl der örtlichen Initiativen und deren Themen zu bekommen.

FairPlanet e.G. und Atmosfair sind in ihrer Rechtsform unterschiedliche Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Genossenschaft **FairPlanet e.G.** wurde von einer Institution-Süd-Nord-Ost-West Netzwerk e.V. und dem Unternehmen Watt fair GmbH - initiiert. Der Fokus liegt auf dem globalen gemeinschaftlichen Klimaschutz, Bekämpfung der Armut, Umsetzung einer gerechten, nachhaltigen Entwicklung in den Regionen des Südens und Ostens sowie eine umweltfreundliche Energiewirtschaft im Norden. Die Genossenschaft finanziert mittels der Eigneranteile in Nord-Kommunen den Aufbau erneuerbarer Energien, mit den Gewinnen werden Projekte in Süd- Ländern finanziert. Aktuell zum Beispiel „Power to the People - Energie aus Biomasse in Indien“. In Indien werden hauptsächlich ländliche Regionen unterstützt, immer mit dem Ziel damit auch Hilfe zur Selbsthilfe gewähren zu können. Die Projekte sind umfassend aufgebaut und sie schließen die Zivilgesellschaft vor Ort sowie die allgemeine Datenerfassung rund um die Energiekonzepte mit ein. Die innovative Idee und das Engagement der FairPlanet e.G. zahlten sich aus und sie bekamen die Auszeichnung des deutschen lokalen Nachhaltigkeitspreises „Zeitzeichen“ 2009 verliehen und sind eine stetig wachsende Organisation (vgl. <http://fairpla.net/frame.html> , letzter Abruf: 12.01.2019).

Das Unternehmen **Atmosfair GmbH**, als Beispiel für die wirtschaftliche Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung mit Klimaschutz und –anpassungsbezug, hat sich spezialisiert auf den Emissionshandel mit dem CO₂ Ausstoß, der durch Flüge verursacht wird. Jede Person, Institution und andere Gruppierungen können über Atmosfair ihre Flüge verrechnen lassen und damit finanziell ihren CO₂ Ausstoß kompensieren. Das Geld fließt in Projekte zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung weltweit. Die Strategie zur Unterstützung der Projekte mit Ländern der Einen Welt ist sehr ausdifferenziert. Die Projekte werden immer in Kooperation mit NRO in Deutschland oder in den Ländern des Südens und Ostens vor Ort umgesetzt. Umgesetzte oder in der Umsetzung befindliche Projekte sind (vgl.: <http://www.atmosfair.de/index.php?id=18>, letzter Abruf: 13.01.2010):

- Indien: Solarküchen
- Nigeria: Effiziente Brennholzkocher
- Honduras: Klein-Wasserkraft
- Thailand: Biogas aus Abwasser
- Indien: Stromerzeugung aus Ernteresten
- Indien: Solarlampen
- China: Bewässerung
- Deutschland: Energiesparen an Schulen
- Sri Lanka: Ländliche Elektrifizierung
- Indien: Effiziente Bewässerungspumpen
- Burkina Faso: Grüner Strom aus Ernteresten

Auf lokaler Ebene finden sich natürlich ebenfalls eine Vielzahl von Vereinen und Initiativen, die sich dem Klimaschutz und der Klimaanpassung in Entwicklungs- und Schwellenländern annehmen möchten. Diese können als **Städtepartnerschaftsvereine** auf Kommunen oder auch auf Regionen oder ganze Länder bezogen sein. Ein Beispiel für eine städtepartnerschaftliche Organisation wurde mit Wiwili e.V. in Freiburg bereits erwähnt.

Für die Arbeit auf Ebene einer Kommune soll hier der **Panama-Kreis e.V. Herdecke** stehen, der über die letzten 20 Jahre über eine Million Euro für die unterschiedlichsten Hilfsprojekte in kleinen Dörfern und unterschiedlichen Regionen Panamas ehrenamtlich gesammelt und verausgabt hat (vgl.: <http://www.panama-kreis.de/> ; letzter Abruf 15.01.2010).

Dazu gehören Projekte wie:

- Nachhaltige Landwirtschaft: Bewässerungsprojekte und Milchkuhprojekte
 - Dörfliche Infrastrukturprojekte: Trinkwasserleitungen, Solarkocher
 - Bildungsprojekte: Bau von Grundschulen, Nähstuben etc.
-

7. Inhaltliche Schwerpunkte für gemeinsame Handlungsprogramme

Die inhaltlichen Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Nichtregierungsorganisationen mit Ländern in der Einen Welt und Schwellenländern sind breit gefächert und bieten zahlreiche Handlungsansätze für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung. Es gibt bisher zwar bei Städtepartnerschaften häufig reaktiv und eher auf die akute Problemlagen angepasste Projekte, doch wie die Unterstützungsmöglichkeiten durch Nord-Kommunen zeigen und die Recherchen zudem bestätigt haben, sind viele Potentiale für strategische und langfristig wirkende Handlungsprogramme vorhanden.

Nach den Berichten des IPCC zum globalen Klimawandel im Jahre 2007 hat die Dynamik Gegenmaßnahmen zu ergreifen gerade in Deutschland erheblich zugenommen. Durch Programme des Bundes, des Landes und auch einzelner Kommunen werden derzeit Bilanzen zu den kommunalen CO₂-Emissionen erstellt und integrierte Klimaschutz und Klimaanpassungsprojekte in partizipativen Prozessen aufgebaut. Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW ist aktiv eingebunden in der Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Klimaschutz und Klimaanpassungskonzepten. Dabei werden die Handlungsprogrammen Sektoren- und Themenspezifisch aufgebaut und bilden so einen kommunalen Maßnahmenkatalog ab, der durch personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen zur Umsetzung ergänzt wird, wie in der nachfolgenden Grafik dargestellt.

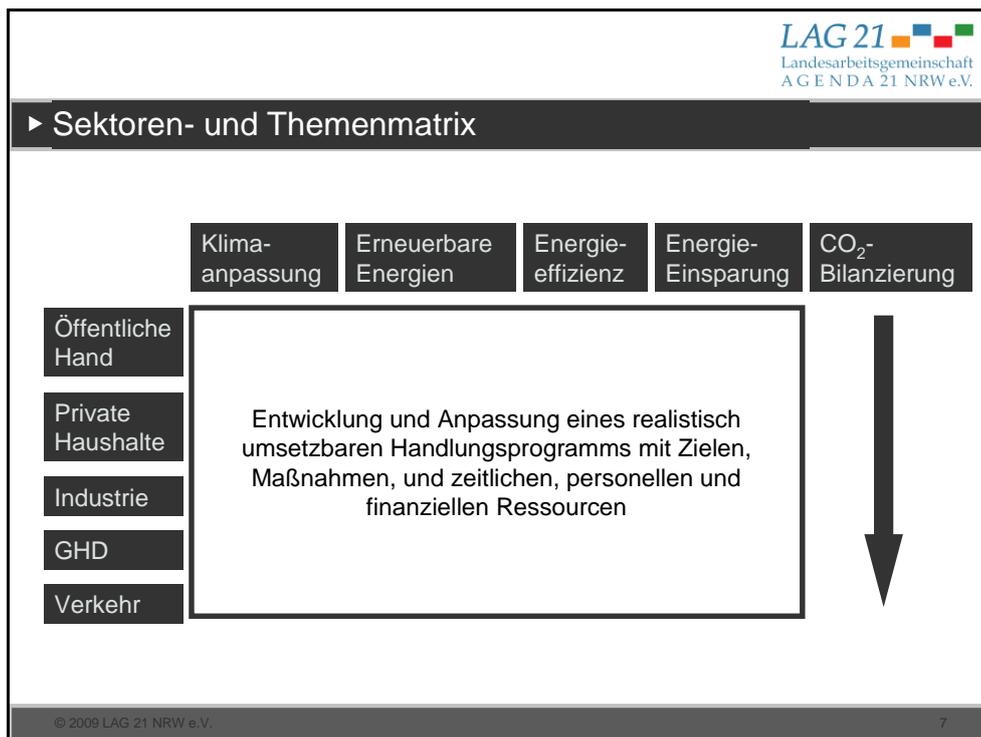


Abbildung 5: Vorgehensweise bei der Entwicklung eines Handlungsprogramms in Kommunen, Darstellung LAG 21

Bevor einzelne Handlungsfelder aufgezeigt werden ist festzuhalten, dass es gerade in Städtepartnerschaften mit Kommunen in Eine Welt Ländern zu unterschiedlichsten Herausforderungen bei der Gestaltung der Partnerschaft kommen kann. Auch wenn die politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern sich von denen in deutschen Kommunen unterscheiden, ist die oben gezeigte Matrix als offenes lösungsorientiertes Konzept einsetzbar. Für die Entwicklung eines Handlungsprogramms zwischen Nord-Süd/-Ost-Kommunen ist es demnach zuerst einmal wichtig, die Bedarfe zu klären. Damit werden

auch die soziokulturellen Traditionen der Länder geachtet und die Selbstentwicklungskräfte bestärkt (vgl.: <http://www.klima-und-gerechtigkeit.de/85.html>, letzter Abruf: 10.01.2010). "Local authorities should have the confidence to set their own boundaries in terms of the nature, duration and location of their partnerships, secure in the knowledge that there is a clear rationale for this type of activity and demonstrable benefits" (Handley, 2006, S. 5). Diese Freiheiten und Unterschiedlichkeiten im Umgang mit den Projekten innerhalb der Partnerschaften wurden auch durch die Interviews deutlich. Somit sollte der Erarbeitung eines Handlungsprogramms eine Daten-Analyse vorgeschaltet werden, die durch ein Stärken- und Schwächen-Profil die Notwendigkeiten eines gemeinsamen Handlungsprogramms herausstellt.

Exemplarisch stellen sich etwa folgende Fragen für eine Bedarfsanalyse und Zielformulierung:

- Mit welchen Auswirkungen des Klimawandels und damit einhergehenden Problemstellungen ist zu rechnen?
- Welches sind die vordringlichen Handlungsfelder in der jeweiligen Kommune?
- Welche Klimaschutz- und Klimaanpassungsziele sollen erreicht werden?
- Welche Projekte wurden mit der Kommune schon erfolgreich umgesetzt?
- Welche zeitliche Abfolge von Projekten ist für die Zielerreichung notwendig?

Als inhaltliche Bedarfe konnten durch die Recherche folgende Schwerpunkte erhoben werden:

- Sensibilisierungs- und Bildungsprozesse allgemein
- Demokratisierung
- Abfall- und Abwasserentwicklung
- Ökologischer Landbau / Nachhaltige Landwirtschaft
- Schutz von endemischen Pflanzen zur Nahrungssicherung
- Aufforstung / Schutz vor Bodenerosionen
- Erneuerbare Energien als Versorgungsergänzung / Technologietransfer (Solardächer für Krankenhäuser, Schulen, Solarkocher; solare Bohnentrocknung etc.)
- Schutz der natürlichen Ressourcen allgemein
- Aufbau einer dezentralen Energieversorgung
- Errichtung von Biogasanlagen
- Verringerung des Schadstoffaustausches / Umweltbelastungen durch Pestizide
- Energieeffiziente Gebäudesanierung
- Schutz vor Überschwemmungen

Neben den Inhalten eines gemeinsamen Handlungsprogramms mit Kommunen in der Einen Welt gilt es Fragen zu klären, wie die Inhalte dauerhaft vermittelt werden und so zu einem Capacity Building und Know-how-Vermittlung beitragen.

- Bei welchem Wissensstand muss die Vermittlung ansetzen?
 - Gemeinsame Bestandsaufnahme: Datenerfassungen, Datenübermittlung
 - Praxisbezogene Wissensvermittlung: Wie können die Technologien selbsttätig gewartet und gebaut werden? Im Sinne von: Technischem Wissenstransfer
 - Vermittlung von Selbstverwaltungskonzepten
 - Verbreitung partizipativer Methoden
 - Zukunftsszenarien des Klimawandels
-

8. Erläuterung einzelner Handlungsfelder für Klimapartnerschaften

Die größeren Kommunen, die ihre Städtepartnerschaften oder auch Projektpartnerschaften intensiv pflegen und sich der Verantwortung im Umgang mit dem Klimawandel stellen, können mittlerweile ein erhebliches Themenportfolio an Unterstützungsleistungen anbieten. Als unterstützende Leistungen könnten folgende Themen als konkrete Maßnahmen eines Handlungsprogramms von den Kommunen angeboten werden:

» **Projektpartnerschaften für den Technologietransfer**

Der Schwerpunkt bei der Unterstützung der Entwicklungsländer liegt im Ausbau von Erneuerbaren Energien. Diese Form des Technologietransfers findet über unterschiedliche Projekte statt. So können Solardächer für infrastrukturelle Verbesserungen errichtet werden, wie für die Stromversorgung in Schulen oder Krankenhäusern, aber auch eine Unterstützung bei der Wärmeversorgung angeboten werden, wie zum Beispiel beim Aufbau von Biogasanlagen oder Heizkraftwerken. Häufig finden in diesem Zusammenhang „kleinere dezentrale Projekte für regenerative Energiegewinnung“ statt.

» **Hilfsprojekte bei Schäden/ Katastrophenhilfe/ „Hilfen für die Bevölkerung“**

In diesen Unterstützungsleistungen sind die Kommunen ihren Partnerstädten eine große Hilfe. Die teilweise langjährig bestehenden Kontakte führen anscheinend zu einer emotionalen Verpflichtung, auch bei den gegründeten Partnerschaftsvereinen und der Bevölkerung vor Ort. Dies hängt auch mit der allgemeinen Handhabung der Partnerstädte zusammen, die häufig auch Schulpartnerschaften beinhalten und somit durch Wissensvermittlung eine Betroffenheit auslösen. Gerade bei Wirbelsturmkatastrophen, Überschwemmungen oder lang anhaltenden Hungersnöten aufgrund klimatischer Veränderungen sind die Kommunen nicht nur durch Hilfsgüterlieferungen und Spendengeldern als Unterstützer gefragt, sondern auch durch organisatorischen und technischen Support.

» **Capacity Building**

Die Kommunen fühlen sich in der Lage, Erfahrungen auszutauschen und hilfreiche Informationen über Verwaltungsvorgänge, Umgang mit erneuerbaren Energien und weiteren technischen Neuerungen zu vermitteln. Informationsmaterialien bereitstellen sowie nationale Aufklärungsarbeit über die durchgeführten Projekte gehören auch zum Capacity Building. Zudem besteht der Bedarf ein „Good-Governance“-Modell zu vermitteln und durch Partizipationsprozesse auch Demokratisierungsprozesse zu vermitteln.

» **Datenerfassungen für die kommunale Selbstverwaltung**

Die meisten Klimaanpassungsprojekte benötigen methodisches Know-how für eine strategische Umsetzung. Hier können die Nord-Kommunen viel Wissen beisteuern, vor allem hinsichtlich Datenerfassungen bzw. Umgang mit Daten.

» **Finanzierung / Stipendienvergaben**

Die Projekte werden durch die Stadt, durch öffentliche Zuschüsse über Vereine, EU, EZ- Träger und durch Spendenwerbung unterstützt. Eine weitere Form der finanziellen Unterstützung kann die Vergabe von Stipendien zur Bildung und Ausbildung von Bewohnern in den Partnerstädten sein.

» **Personelle Unterstützung**

Wissensträger aus den deutschen Kommunen oder Unternehmen helfen zeitlich befristet durch ihr Know-how in konkreten Projekten und zu konkreten Fragestellungen vor Ort.

» Gesprächsunterstützungen in Verhandlungen für Umsetzung von Projekten vor Ort

Delegationsreisen können unternommen werden, um die Unterstützung im Land sichtbar zu machen und bei Verhandlungen mit Geldgebern oder politischen Vertretern vor Ort zu unterstützen.

» Aufbau von Unterstützernetzwerken

Die Kommunen können nicht alle Projekte selbst umsetzen, können dafür aber die jeweiligen Kontakte herstellen und so für eine erfolgreiche Umsetzung des initiierten Projektes Sorge tragen. Die Erfahrungen beim Aufbau von Klimaschutz und Klimaanpassungskonzepten sollen auf gleicher Augenhöhe weitervermittelt werden. So könnte ein internationales Städtenetzwerk zum Klimawandel die konkreten Fragen und Umsetzungsmöglichkeiten direkt und zeitnah austauschen und für einen stetigen Wissenstransfer sorgen.

» Organisieren von Erfahrungsaustauschen zur Unterstützung in laufenden Projekten

Die Kommunen können konkret auch Räume und Moderationsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Sie können die Möglichkeiten anbieten, Erfahrungen miteinander auszutauschen in Projekten, auch wenn sie selbst teilweise eher als finanzielle Unterstützer agiert haben. Es können auch Workcamps zur Anregung von Dialogprozessen durch die Kommunen umgesetzt werden.

» Vermittlungen von Erfahrungen im Bereich kommunale Dienstleistungen

Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten und der Umsetzung von kurzfristigen Notmaßnahmen. Sowie die Hilfe bei der Privatisierung der Wasserversorgung. Die Erstellung eines Handlungsplans sowie die Ermittlung der Bedarfe in der Wasserversorgung sind ebenfalls unterstützend.

» Public Privat Partnership Modelle unterstützen

Städte können als Vernetzungsakteure zwischen Unternehmen in der Kommune vor Ort und den Partnerschaftskommunen auftreten. Das findet wiederkehrend im Zusammenhang mit Projekten statt, die einen Technologietransfer beinhalten, bei denen die Stadtwerke, Wirtschaftsunternehmen oder die Industrie- und Handelskammern vor Ort an die Städtepartner empfohlen werden.

Aus den genannten Punkten lassen sich Maßnahmen für strategische Handlungsprogramme ableiten. Die in der bisher vorliegenden Projektskizze „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ benannten Schwerpunkte (siehe auch Kapitel 2) werden durch die Untersuchungen dieser Studie bestätigt, sind aber bisher nur ansatzweise in den Städtepartnerschaften als Themenfelder präsent.

9. Herausforderungen für das Ziel „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“

Strategische Klimapartnerschaften zwischen deutschen und Süd-Ost-Kommunen aufzubauen und dabei die Erfahrungen der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit, kommunaler Städtepartnerschaften und neue Erkenntnisse zum Klimawandel zu verknüpfen, bietet zahlreiche Chancen, wie in den vorausgegangenen Kapitel eindrücklich erläutert werden konnte.

Für eine Projektierung gilt es dennoch, auch einige Hemmnisse und Herausforderungen zu benennen, die gerade durch die Einzelinterviews mehrfach geäußert wurden. So wurde dargestellt, dass globale Themen wie der Klimawandel zu einer inhaltlichen Überforderung für die Kommunalverwaltung führen und Grenzen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit sich bringen können. Deswegen ist es im Zusammenhang mit dieser Vorerhebung sinnvoll, exemplarisch die Hemmnisse und Bedenken der kommunalen Akteure aufzuzeigen, um sie zu Beginn des geplanten Projektes in die Kommunikationsstrategie integrieren zu können. Hier werden stichpunktartig die für das Projektdesign wichtigsten Interviewäußerungen dargestellt:

- Keine Beständigkeit der politischen Verhältnisse in der Partnerkommune, weil eine Demokratisierung nicht stattgefunden hat
- Problemlagen in den Entwicklungs- und Schwellenländern können sein: Korruption, Misswirtschaft, extreme Armut
- Wahrnehmungen „Je näher, desto besser die Kooperation“; „Geholfen werden sollte erst, wenn die Partnerstadt das auch möchte“
- EZ Projekte kosten sehr viel Zeit für eine Kommune und sind „mühselig“, die Arbeitsbedingungen sind „langsamer“, die Übersetzungen erschweren zügige Fortschritte
- Internationale Projekte „erhöhen den CO₂ Ausstoß und sind deswegen nicht effektiv“- lieber vor Ort Aktivitäten unterstützen, weniger reisen
- Eigene kommunale Finanzkrisen führen zu Desinteresse an EZ-Themen
- Sensibilisierungsprozesse können nicht kommunale Aufgabe sein
- Umsetzungen in den Süd-/Ost-Partnerländern, nachdem die Handlungskonzepte entwickelt wurden, verlaufen nicht zügig genug (Ungeduld)
- Deutsche kommunale Ansprechpartner für Städtepartnerschaften besitzen kein Wissen zum Thema „Klimapartnerschaften“ und trauen sich deswegen nicht an das Projekt heran
- Fokussierung lieber auf altbekannte Themen, wie Musik, Kultur, Schulpartnerschaften
- Politischer Druck wird in den Kommunen aufgebaut, um eher wirtschaftlich fruchtbarer Projekte innerhalb der Partnerschaften umzusetzen
- Realitätsprüfung für Nord-Süd Kooperationen zur Umsetzung in Kommunen dringend nötig, die Projekte erscheinen häufig „fernab von der Realität und den kommunalen Möglichkeiten“
- Es wurde mehrmals gewünscht, dass neue Möglichkeiten eruiert werden, Gelder für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Begründung dafür war, dass die kommunale Entwicklungspolitik in den letzten Jahren stetig angewachsen und durch den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (Dresden 2008) nochmals untermauert wurde

10. Fazit

Die Herausforderungen des globalen Klimawandels anzunehmen kann, wie die Ergebnisse von Kopenhagen aufzeigen, nicht nur von Verhandlungsergebnissen auf internationaler Ebene abhängig gemacht werden. Die Dringlichkeit zu Handeln erfordert das Engagement aller föderalen Ebenen. Insbesondere die deutschen Kommunen haben in der Vergangenheit ein umfangreiches Wissen zu Maßnahmen des Klimawandels und der Klimaanpassung angereichert, das aktuell durch die Aufstellung von strategischen Klimaschutzkonzepten durch die Klimaschutzinitiative des BMU weiter gestärkt wird.

Zielsetzung des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ist es, dieses Wissen auf dem globalen Markt anzubieten und mit Kommunen in der Einen Welt gemeinsame Handlungsprogramme zu entwickeln, die den Klimawandel abschwächen und die schlimmsten Folgen mildern. Hierzu sollen Kommunen von Kommunen lernen und ihr Wissen auf gleicher Augenhöhe weitergeben. Die Vorstudie zum Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ analysierte hierzu die Möglichkeiten.

Die Ergebnisse zeigen, dass es insgesamt 122 Städte in Deutschland gibt, die die Kriterien erfüllen um die Zielsetzungen des Projekts umsetzen zu können. Von diesen kommen 68 Städte besonders in Betracht, denn sie sind äußerst aktiv in Klimabündnissen oder haben sich konkreten Klimaschutzziele verpflichtet, um das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zu verfolgen und können zudem bestehende Städtepartnerschaften mit Kommunen in Ländern der Einen Welt vorweisen.

Interviews und Internet- und Literaturrecherchen haben zusätzlich bestätigt, dass innerhalb der Städtepartnerschaften bereits Anknüpfungspunkte für Partnerschaftsprojekte im Bereich „Klimaschutz und -anpassung“ bestehen, ohne dass bisher eine strategische Aufstellung von gemeinsamen Handlungsprogrammen erfolgte. Erste thematische Ansatzpunkte für gemeinsame Handlungsprogramme zwischen Nord und Süd konnten durch die Vorstudie recherchiert werden und geben Anlass dazu, dass diese einen Beitrag für die Zielsetzung des Projekts leisten können. Für den zielgerichteten Umgang im Aufbau eines Handlungsprogramms für eine Klimapartnerschaft sind die NRO in Deutschland wichtige Kompetenzpartner bei der Wissensvermittlung und im Capacity Building. Die bestehenden Tätigkeitsfelder und Aufgabengebiete der NRO sind im großen Maße vorhanden. Die Themen Umwelt und Entwicklung, Ressourcenschonung, Nachhaltige Entwicklung, Klimawandel und damit verbunden Klimaschutz und -anpassung sind in allen Programmen und Agenden der bekannten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zu finden. Für das zu beantragende Projekt erscheint es zudem zielführend, dass das gemeinsame Wissen von Kommunen und NRO gewinnbringend zusammengeführt werden sollte und dabei die SKEW, die LAG 21 NRW und die kommunalen Spitzenverbände den Wissenstransfer und die operative Umsetzung federführend gestalten können. Außerdem sollte ein Beirat, bestehend aus kommunalen Vertretern, NRO-Akteuren und WissenschaftlerInnen, die Umsetzung des Projekts begleiten.

Anhang

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg.) (2007): Richtlinien für die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger in Entwicklungsländern aus Kapitel 2302 Titel 687 06. Oktober 2007. In: <http://www.paritaet.org/bengo/5/index.htm>, letzter Abruf: 17.01.2010

Copenhagen Accord: Advance unedited version, Decision/CP.15 The Conference of the Parties, Takes note of the Copenhagen Accord of 18 December 2009. In: http://unfccc.int/files/meetings/cop_15/application/pdf/cop15_cph_auv.pdf , letzter Abruf: 12.12. 2009

Diözesanstelle Weltkirche (2009): 50 Jahre Bolivien Partnerschaft. Unsere Mission: Miteinander Zukunft gestalten. Akzente, Anregungen, Aktionen. Trier.

Handley, Susan (2006): Take your partners. The local authority handbook on international partnerships. Published by Local Government Bureau on international issues. London. In: <http://www.lga.gov.uk/lga/aio/190428> , letzter Abruf: 14.01.2010

Hutter, Claus-Peter/Link, Fritz-Gerhard (Hrsg.) (2009): Städtepartnerschaften und Klimavorsorge. Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung durch kommunale und regionale Partnerschaften. Beiträge der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg. Band 48. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH Stuttgart.

Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft(2006): Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland. Stand und Perspektiven 2. Auflage. März 2006, in: http://www.maecenata.eu/media/pdf/public/Institut-Publikationen/Main/3SektorReport_2006_B.pdf , letzter Abruf: 12.01.2010

Statz, Albert/Wohlfahrt, Charlotte (2009): Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. Fassung Oktober 2009.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt-InWEnt gGmbH (Hrsg.) (2009): Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW- Ghana. Dialog Global. Heft 20. Bonn, August 2009.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt - InWEnt gGmbH (Hrsg.) (2004): Local Renewables 2004. Municipal Leaders Conference on Renewable Energy Sources for the Local Level.

Steffan, Martin (2002): Klimaschutz in Städtepartnerschaften: zur Genese eines neuen Politikfeldes. Agenda Verlag, Münster. Dissertation 2001.

Lämmlin, Bernd/Fröhlich, Katrin (2009): Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. Discussion Paper 1/2009. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Bonn.

Zimmer, Anette/Nährlich Stefan/Paulsen, Friedrich (2009): Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft, in: Arnold, Ulli Prof.Dr./Maelicke, Bernd, Prof.Dr. [Hrsg.] (2009): Lehrbuch der Sozialwirtschaft. 3. Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Internetverzeichnis

<http://www.aalborgplus10.dk/default.aspx?m=2&i=372>, letzter Abruf: 25.11.2009

<http://www.atmosfair.de/index.php?id=18>, letzter Abruf: 13.01.2010

<http://www.avaaz.org>, letzter Abruf: 02.12.2009

<http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/Antrag>, letzter Abruf: 10.01.2010

http://www.bmu.de/klimaschutzinitiative/internationale_klimaschutzinitiative/doc/41789.php,
10.01.2010

http://www.bmz.de/de/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/nros/index.html,
letzter Abruf: 05.01.2010

<http://www.bmz.de/de/themen/energie/hintergruende/index.html>, letzter Abruf: 09.01.2010

http://www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/05__UN__Dekade__Deutschland/02__Dekade-Projekte/Kommunen_20der_20Weltdekade/Kommunen_20der_20Weltdekade.html, letzter Abruf: 04.12.2009

http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/internationale_aktivitaeten/projekt_partnerschaften/index.htm, letzter Abruf: 08.12.2009

<http://www.care.de/klimawandel.html>, letzter Abruf: 07.01.2010

<http://www.cities-localgovernments.org/uclg/index.asp?pag=template.asp&L=EN&ID=219>, letzter Abruf: 18.11.2009

<http://www.ccss.jhu.edu/index.php?section=content&view=9&sub=3>, letzter Abruf: 03.01.2010

www.campact.de, letzter Abruf: 03.12.2009

<http://www.dbu.de/phpTemplates/publikationen/pdf/0801070933078839.pdf> , letzter Abruf: 06.01.2010

<http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/149/>, letzter Abruf: 05.01.2010

http://www.eumayors.eu/covenant_cities/towns_cities_en.htm, letzter Abruf: 03.12.2009

<http://www.european-energy-award.de/eea-Teilnehmer>, letzter Abruf: 03.12.2009

http://ec.europa.eu/development/policies/9internevisionareas/twinning_en.cfm, letzter Abruf: 05.01.2010

http://www.evangelisch-in-westfalen.de/fileadmin/ekvw/dokumente/projekte/klimaplattform/Klima_der_Gerechtigkeit_screen.pdf, letzter Abruf: 13.01.2010

<http://fairpla.net/frame.html> , letzter Abruf: 12.01.2010

<http://www.germanwatch.org/klima/c15bp.pdf>, letzter Abruf: 02.01.2010

<http://www.klima-und-gerechtigkeit.de/84.html?&L=\\\\\\\\\\\\%271>, letzter Abruf: 11.01.2010

<http://www.misereor.de/themen/klimawandel.html>, letzter Abruf: 12.12.2009

<http://www.muenchen-international.de/wp-content/uploads/Presstext-Harare-Reise.pdf>, letzter Abruf: 03.01.2010

<http://www.panama-kreis.de/>; letzter Abruf 15.01.2010

<http://www.rgre.de>, letzter Abruf: 28.11.2009

<http://www.solarbundesliga.de/?content=grossstaedte>, letzter Abruf: 21.12.2009

<http://www.solarbundesliga.de/?content=mittelstaedte>, letzter Abruf: 21.12.2009

<http://www.solarbundesliga.de/?content=kleinstaedte>, letzter Abruf: 21.12.2009

http://www.service-eine-welt.de/images/text_material-1401.img, letzter Abruf: 09.01.2010

<http://www.sue-nrw.de/foerderung/foerderbedingungen/foerderrichtlinien.html>, letzter Abruf: 05.01.2010

<https://webgate.ec.europa.eu/europeaid/online-services/index.cfm?do=publi.welcome&nbPubliList=15&orderby=upd&orderbyad=Desc&searchtype=RS&aofr=129200>, letzter Abruf: 17.01.2010

http://www.wbgu.de/wbgu_presse_09_05d.html, letzter Abruf: 22.12.2009

<http://www.350.org>, letzter Abruf: 03.12.2009

<http://www.350.org/de/die-wissenschaftlichen-hintergr%C3%BCnde-f%C3%BCr-350>, letzter Abruf: 02.10.2010

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 19.: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (deutsch/englisch/chinesisch)
-

Heft 20.: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW - Ghana. Bonn, August 2008.

Heft 21.: Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004. [vergriffen]
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.

- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006.
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23.: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2009.
- Nr. 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 28.: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29.: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30.: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Nr. 31.: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008.
- Nr. 32.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
- Nr. 33.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Nr. 34.: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008
- Nr. 35.: Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
- Nr. 36.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Workshop in Ettlingen vom 15. November 2008 (Deutsch/Französisch)
- Nr. 37.: Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
- Nr. 38.: Pressespiegel 2009, Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
- Nr. 39.: Nr. 39.: Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. [im Erscheinen]
- Nr. 40.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. [im Erscheinen]
- Nr. 41.: Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. [im Erscheinen]

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
 - Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
-

- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Unser Profil [Englisch und Deutsch]
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.

- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007.
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.
- Documentation: Mayors Conference 2008 "Local Action for Biodiversity". Bonn 29. May 2008.
- Flyer: FairTradeTown und Hauptstadt des Fairen Handels. In Kooperation mit TransFair e.V., Köln und Bonn 2008.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Erklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

18.-20. Juni 2009

München, Altes Rathaus

Erklärung

Klimawandel findet statt

Der Klimawandel ist schon jetzt Realität und er trifft Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern härter, als Menschen in Industrieländern. Kommunen sind durch ihre Treibhausgasemissionen Verursacher aber auch Leidtragende des Klimawandels. Aus Kommunen kommen aber auch entscheidende Impulse für ein erfolgreiches Umschwenken hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft.

Das Handeln bleibt jedoch weltweit hinter den Erkenntnissen über die Dringlichkeit umfassenderer Änderungen unserer Produktions- und Lebensstile weit zurück. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise darf keine Ausrede für weiteres Abwarten sein. Sie bietet im Gegenteil die Chance, zukunftsfähige Technologien zu fördern.

Um einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern, ist das Minimalziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Im globalen Durchschnitt müssten die CO₂-Emissionen dazu auf unter zwei Tonnen pro Kopf sinken. In Deutschland liegen sie derzeit bei ca. zehn Tonnen pro Einwohner. Wird dieses Ziel verfehlt, müssen wir mit noch dramatischeren ökologischen und ökonomischen Schäden und sozialen Verwerfungen rechnen. Unser politisches, soziales und ökonomisches Ziel muss dem gegenüber sein, sofort alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, den Wendepunkt bei den globalen Emissionen in den Jahren 2013–17 zu erreichen. Denn eine nachhaltige Entwicklung kann nicht ohne Klimaschutz und Anpassung an den schon stattfindenden Klimawandel erreicht werden. Und Klimaschutz ohne Beachtung der globalen Entwicklungszusammenhänge führt nicht zu Klimagerechtigkeit.

Kommunen in Industrieländern haben das Know-how, die technischen und finanziellen Kapazitäten und die moralische Verpflichtung, jetzt schon deutliche Schritte hin zu massiven Emissionsreduktionen zu unternehmen. In Übereinstimmung mit der Erklärung der Klimakonferenz der Kommunen in Kopenhagen vom Juni 2009 fordern die Konferenzteilnehmer/-innen, die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Klimapolitiken in die Agenda der United Nations Framework Convention on Climate Change einzubeziehen.

Für den Schwerpunkt Klima in der Entwicklungspolitik erarbeiteten die Teilnehmer/-innen die folgenden gemeinsamen Ziele und Handlungsempfehlungen »

Wir setzen uns dafür ein, dass

1. die Bürger/-innen verstärkt Zugang zu Klimawandelwissen und Klimaschutzkompetenzen erhalten, um den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung zu verstehen und daraus Motivation zum Handeln und für einen nachhaltigen Lebensstil zu ziehen;
2. die kommunalen Akteure ihrer Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung durch weitreichende Maßnahmen zum Klimaschutz in den deutschen Kommunen gerecht werden, damit sie auch international glaubwürdig handeln können;

3. die Handlungsfähigkeit der Kommunen zum Klimaschutz – in Deutschland und weltweit – im Sinne von Dezentralisierung und Demokratie erhalten bzw. gestärkt wird, statt sie durch Liberalisierungstendenzen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge zu beschneiden;
4. die deutschen Kommunen kraftvolle und vernehmbare Akteure in der Entwicklungspolitik sind, damit sie ihre Kompetenzen und besonders ihre Expertise in der Daseinsvorsorge auch in die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung des Klimawandels ein-bringen können;
5. sich diese Akteure hier und mit ihren Partnerkommunen auf Augenhöhe mit dem Klima-wandel und der Entwicklung befassen, Wissensnetzwerke bilden, gemeinsame Strategien zum Klimawandel entwickeln und die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaß-nahmen gemeinsam vorantreiben;
6. Bürger/-innen, Nichtregierungsorganisationen, Politik, Verwaltung und Wirtschaft arbeitsteilig ihre Klimaschutzkompetenzen und ihr Klimawandelwissen optimal einsetzen, sowohl in als auch zwischen den deutschen Kommunen und in den Entwicklungspartnerschaften, und dafür pas-sende Strukturen für den Austausch schaffen und festigen;
7. die kommunalen Entscheider in Wirtschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen Schwerpunkte und verbindliche Klimaschutzziele für 2020 setzen (orientiert an dem 40 Prozent-Ziel der Bundesregierung) und bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent im Vergleich zu 1990 erreichen;
8. sich die deutschen Kommunen bis 2010 auf eine einheitliche Erfassung ihrer Treibhausgas-emissionen verständigen und mindestens 90 Prozent der Städte bis 2015 Klimabilanzen als Grundlage für zielorientiertes Handeln und als wesentlichen Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien vorlegen;
9. bis zum Jahr 2015 mindestens 50 deutsche Städte Klimapartnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen von langfristigen kommunalen Partnerschaften pflegen;
10. Bund, Länder und Kommunen sich an der Finanzierung dieser Partnerschaften und der ent-wicklungspolitischen (Bildungs-) Arbeit beteiligen.

Die Teilnehmer/-innen verpflichten sich, ihre eigenen Beiträge zur Erreichung dieser Ziele auf den nächsten beiden Bundeskonferenzen (voraussichtlich 2012 und 2015) zu überprüfen.

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. LAG 21 NRW e.V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) ist 2001 von zahlreichen Kommunen und Kreisen, Verbänden und Institutionen, Kirchen und Gewerkschaften als Kompetenznetzwerk zur Professionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse gegründet worden.

Die LAG 21 NRW versteht sich dabei als landesweite Aktionsplattform und Bindeglied zwischen Akteuren der zivilgesellschaftlichen Agenda 21-Prozesse, Politik, Verwaltung und Wissenschaft. In ihrem Handeln fühlt sich die LAG 21 NRW den Beschlüssen der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio verpflichtet und hat den Anspruch globale Nachhaltigkeitsziele für kommunales Engagement aufzubereiten und umzusetzen.

Durch zahlreiche Kampagnen und Projekte hat sich die LAG 21 in Nordrhein-Westfalen zum zentralen Ansprechpartner für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse entwickelt und entsprechende Kompetenzen aufgebaut, die sich in folgende Arbeitsfelder untergliedern lassen:

- Netzwerken und Wissenstransfer
- Kommunale Nachhaltigkeitsmanagementsysteme
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Wir vertreten als Netzwerk die Basis der Agendaprozesse vor Ort. Dort wo die Menschen leben und arbeiten, wollen wir sozial, ökologisch und ökonomisch gerechte Prozesse einleiten. „Global denken – lokal handeln“ umschreibt unser Ziel, zukunftsfähige Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen zu hinterlassen.

Unser Angebot

Wir bringen Menschen zusammen, vertreten die Interessen unserer Mitglieder bei Verbänden, Institutionen und Politik. Wir fördern den Austausch von Ideen und Gedanken, organisieren regelmäßige Tagungen, Weiterbildungen und Kongresse. Wir führen landesweite Projekte und Kampagnen durch, um Nachhaltigkeit in das kommunale Verwaltungshandeln strategisch und langfristig zu integrieren.

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Deutsche Straße 10

44339 Dortmund

Fon +49 231 93 69 60-10

Fax +49 231 93 69 60 - 13

www.lag21.de

SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperthen in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.

 Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Deutscher
Städtetag

 Deutscher
Städte- und Gemeindebund

 DEUTSCHER
LANDKREISTAG

 Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

VENRO
Verband Entwicklungspolitik
deutscher Nichtregierungsorganisationen
e.V.

 dbb
beamtenbund
und tarifunion



 Auswärtiges Amt

 Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

 DGB

 DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM BISTUM KÖLN

d.i.e. 
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik German Development
Institute

agl 

giz 



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Stadt Bonn, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.